

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Dirk Rohtus

**Die belgische  
„Nationalitätenfrage“  
als Herausforderung  
für Europa**

**Discussion  
Paper**

C 27  
1998

Dr. Dirk Roctus, geboren 1961 in Bornem (Belgien), ist seit 1990 Dozent für Deutschlandkunde und Diplomatiegeschichte an der Handelshochschule Antwerpen (Business School Antwerp) in Belgien. Zusammen mit Prof. Dr. Jan de Piere leitet er dort das Centrum voor Duitslandstudien, dessen Mitbegründer er 1991 war. Auftrag des Zentrums ist die Erforschung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Rahmen. Dr. Roctus ist außerdem Koordinator für den Bereich Politik des postakademischen Zyklus *European Business Studies* an der Handelshochschule Antwerpen und organisierte zusammen mit der Universität Antwerpen einen postakademischen Zyklus *Duitslandstudies*. Er studierte an den Universitäten Bonn und Antwerpen Politikwissenschaft und Germanistik und promovierte mit einer Arbeit zum Thema „Dritter Weg in der DDR“. 1998 war Dr. Roctus als Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn.

Publikationen: 1994 Mitherausgeber des Buches *Zicht op Duitsland* (Leuven/Apeldoorn 1994); die Veröffentlichung seiner Dissertation ist in Vorbereitung (Leipziger Universitätsverlag 1999). Im Mittelpunkt der zahlreichen Veröffentlichungen von Dr. Roctus in verschiedenen belgischen und deutschen Zeitschriften stehen Fragen des Föderalismus, des Nationalismus und die Ideologiekritik.

*Dirk Rochtus*

# **Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa?**

## **1. Vorbemerkung**

In der vorliegenden Untersuchung geht der Verfasser vor allem von der flämischen Perspektive aus, nicht nur weil er als Flame unvermeidlich einem der beiden, noch zu erwähnenden „cultural networks“ in Belgien zuzuordnen ist, sondern auch weil vor allem im dynamischeren Teil Belgiens, nämlich in Flandern, die Forderung nach mehr Autonomie durch den Hinweis auf das Europa der Regionen legitimiert wird. Die frankophone Position kennzeichnet sich vor allem durch ein Festhalten am belgischen status quo und durch eine defensive Haltung gegenüber den Forderungen der Flamen. Wenn einfachheitshalber die Rede von den „Flamen“ ist, sind vor allem die führenden Kreise in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeint. Eine wichtige Rolle in der Debatte spielt die einflußreichste flämische Tageszeitung *De Standaard*, in der regelmäßig Gastbeiträge bezüglich der breiten Thematik Europa-Belgien-Flandern erscheinen. Die Zitate aus dieser Zeitung sind vom Verfasser ins Deutsche übersetzt worden.

## **2. Einführung: Verschweizerung oder Belgifizierung Europas?**

Die „Verschweizerung Europas“, das heißt das Nebeneinander verschiedener Sprachgemeinschaften, betrachtet der Politikwissenschaftler Claus Leggewie nicht als ein Hindernis für das Zustandekommen einer europäi-

schen Öffentlichkeit.<sup>1</sup> Die Schweiz wird oft als Vorbild dafür angeführt, daß verschiedene Völker zusammenleben und sogar eine politische Gemeinschaft bilden können. Dies unter Beweis zu stellen, wäre natürlich wichtig für eine Entität wie die EU, die sich als eine Gemeinschaft von Völkern versteht. Dabei vergißt man oft, daß die Schweiz der vier offiziellen Sprachen in Wirklichkeit ein eher homogenes Land ist, in dem Sinne, daß da eine bestimmte Sprache, das Deutsche, mit etwa 65 % der Bevölkerung überwiegt, während die beiden anderen wichtigen Sprachen, Französisch und Italienisch, jeweils von nur etwa 15 % der Bevölkerung gesprochen werden. Das wirft schon ein anderes Licht auf das durch „friedliches Zusammenleben“ in gute Bahnen gelenkte Konkurrenzverhältnis mehrerer Sprachen, um so mehr, wenn man sich des Gegenbeispiels von Belgien vergegenwärtigt.

Was 1830 als ein unitaristischer Staat mit nur einer in Verwaltung, Justiz und höherem Unterrichtswesen verwendeten Sprache, dem Französischen, begründet wurde - wobei der Gebrauch der Sprachen „frei“ war -, ist inzwischen zu einem föderativen, zweisprachigen Staat geworden, über dessen Ende regelmäßig spekuliert wird. Niederländisch - oft versehentlich als „Flämisch“ bezeichnet - wird von fast 60 % der Bevölkerung, den sogenannten Flamen, gesprochen, Französisch von nahezu 40 %, den Wallonen und der Mehrheit der Einwohner von Brüssel. Die dritte offizielle Sprache im Lande, Deutsch, sprechen nur 0.6 % der Belgier; da diese Zahl so wenig signifikant ist, hat ihr Vorhandensein überhaupt keinen Einfluß auf die Frage nach dem Fortbestehen Belgiens. Auch dies ist eine Widerlegung von Leggewies Optimismus, denn es kommt nicht so sehr auf die Zahl der Sprachen an, sondern auf deren relatives Gewicht im Staatengebilde. Sowohl Niederländisch als auch Französisch sind zu wichtig in Belgien, als daß beide Gemeinschaften, die Flämische und die Französische, wie sie sich selbst nennen, die Sprache des Anderen als Hauptsprache oder *lingua franca* anerkennen würden. Dasselbe Problem, oder besser dieselbe Empfindlichkeit, trifft man auf der Ebene der EU an: Abgesehen von kleineren

---

<sup>1</sup> Vgl. Klaus Leggewie: Europa beginnt in Sarajevo. Gegen den Skeptizismus in der europäischen Wiedervereinigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B42/1994, S. 29

oder mittelgroßen Sprachen wie zum Beispiel Dänisch beziehungsweise Niederländisch, die von 5 bzw. 21 Millionen Menschen gesprochen werden, gibt es nur fünf Sprachen, die von mindestens 50 Millionen gesprochen werden und die zu wichtig sind, als daß Englisch als einzige und alleinige Sprache akzeptiert werden könnte: Deutsch, Französisch, Spanisch und Italienisch. Daher läßt sich auch der „belgisch“ anmutende Kompromiß von vor einigen Jahren erklären, diese fünf als Arbeitssprachen zu verwenden, der auf den Widerstand der Flamen gestoßen ist, weil er „inakzeptabel“ da undemokratisch sei. Dieser Vorschlag hätte übrigens vielleicht die Zahl der Sprachen und damit der Übersetzungskosten gesenkt, jedoch nicht das Problem gelöst, daß durch das Nebeneinander von fünf Sprachen noch immer fünf „Kommunikationswelten“ weiterbestehen würden. Man braucht sich nur das Beispiel von Belgien anzuschauen, um zu merken, daß die Bescheidenheit der deutschsprachigen Gemeinschaft nicht an der Tatsache rüttelt, daß auf dem Territorium jenes Staates noch immer zwei ebenbürtige Sprachen verwendet werden. Dies führt dazu, daß die Belgier im Bereich der Medien und der Bildung „in zwei völlig verschiedenen kulturellen Networks leben“<sup>2</sup>.

Dem Politikwissenschaftler Andreas Beierwaltes kann man nur zustimmen, wenn er in Bezug auf die Funktion der Kommunikation für soziale Gemeinschaften schreibt: „Linguistische Pluralität behindert die Herstellung eines einheitlichen Kommunikationsraumes und damit auch die kommunikative Integration der neu zu formierenden Gesellschaft.“<sup>3</sup> Das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit aufgrund des „Sprachenbabels“ - und dann macht es keinen Unterschied, ob die EU mit 12 oder „nur“ mit 5 Sprachen arbeitet - führe dazu, daß es „keine kollektiven und politisch belastbaren Identitäten“ gebe, wie der von Beierwaltes zitierte Politologe Peter Graf Kielmansegg behauptet. Dadurch sei die Europäische Union „in Ermangelung eines europäischen Volkes kaum zu demokratisieren“, so der ebenfalls

---

<sup>2</sup> Christian Koecke: Belgien - Ein weiterer Föderalstaat für ein subsidiäres Europa. Ein Jahr nach der Staatsreform. Brüsseler Vorträge der Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 10, herausgegeben von Klaus Weigelt, 1994, S. 8

<sup>3</sup> Andreas Beierwaltes: Sprachenvielfalt in der EU - Grenze einer Demokratisierung Europas? Bonn, ZEI-Discussion Paper C 5/1998, S. 10

zitierte Werner von Simson<sup>4</sup>. Europa ist damit nicht nur keine Kommunikationsgemeinschaft, sondern auch - dadurch bedingt - keine Willensgemeinschaft. Laut Wernhard Möschel finde ein „gemeinschaftsweiter Diskurs, der die Gesetzgebung kritisch begleitet und in eine Art 'volonté générale' münden könnte“, nicht statt<sup>5</sup>. Es gibt in der EU also kein Staatsvolk, das sich im selben öffentlichen Raum am Prozeß der demokratischen Willensbildung beteiligt. Das Konzept einer Willensgemeinschaft, das für die Sonderverhältnisse der Schweiz leistungsfähig sei, lasse sich darum, so Möschel, nicht auf Europa insgesamt übertragen<sup>6</sup>.

Die Gründer Belgiens wußten, daß es aus Verwaltungsgründen leichter war, nur eine Sprache, das Französische, und zwar auch aufgrund seines damals noch unangefochtenen Prestiges, als einzige Verkehrssprache zu verwenden. „Unilingualism was considered to be absolutely necessary for national integration“, stellt die flämische Politologin Ruth van Dyck fest<sup>7</sup>. Damit schufen Belgiens Gründungsväter aber ein Demokratiedefizit, das sich daraus ergab, daß ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung, der der niederländischsprachigen Flamen, die Amtssprache nicht verstand. Gerade weil sich die Devise „l'Union fait la force“ für Belgien fast in ihr Gegenteil verkehrt hat, sollte auch die andere politische Entität, die sich als Union versteht, nämlich die Europäische, Rücksicht nehmen auf die Art und Weise, wie das „Sprachenbabel“ Belgien mit diesem Problem und seinen politischen und institutionellen Folgen umgegangen ist und umgeht.

Analogien in Bezug auf Gepräge und Aufbau zwischen Belgien und der EU lassen sich auf dreierlei Weise ausmachen:<sup>8</sup> Erstens genießt die EU nicht den Vorteil der meisten ihrer Nationalstaaten, daß die Eliten im Laufe ihrer

---

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 11

<sup>5</sup> Wernhard Möschel: Europapolitik zwischen deutscher Romantik und gallischer Klarheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B3-4/1995, S. 13

<sup>6</sup> Vgl. ebd., S. 14

<sup>7</sup> Ruth Van Dyck: 'Divided we stand'. Regionalism, Federalism and Minority Rights in Belgium, in: Res Publica 12/1996, S. 430

<sup>8</sup> Vgl. zum Folgenden: Frank R. Pfetsch: Die Problematik der europäischen Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B25-26/1998, S. 7

## Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa?

Geschichte von einem gewissen Zentrum aus „durch den zentralen Verwaltungsaufbau [...] das ganze Territorium [überzogen, Erg. d. V.], so daß Regionalsprachen, Regionalkulturen und Rechtstraditionen sich mit der Zeit verloren.“ Im Falle Europas wird das Zentrum dagegen durch eine interne Multipolarität der größeren Staaten ausbalanciert. Ähnliches gilt für Belgien, das durch eine bipolare, mittlerweile antagonistische Struktur gekennzeichnet wird. Zweitens ist eine ethnische Übereinstimmung oder Ähnlichkeit in Europa nicht gegeben. Die kulturelle Heterogenität, so Pfetsch, hat räumlich abgeschlossene Nationalkulturen entstehen lassen. Einen selben Vorgang findet man in Belgien vor, wo Flamen und Wallonen sich für ihr durch ihre unterschiedlichen Kulturen bedingtes Auseinanderleben (halb)staatliche Strukturen ausgeklügelt haben. Drittens wird Europa - dessen kennzeichnen also die Vielfalt ist - „durch gemeinsame historische Erfahrungen und Erinnerungen, durch die Verpflichtung auf gemeinsame Werte, durch die Kongruenz von Interessen“ zusammengehalten. Auch in Belgien bestehen noch Bindezeichen, wie die historische Erfahrung des Zusammenlebens von Flamen und Wallonen seit vielen Jahrhunderten, auch in „prä-belgischen“ Strukturen, der Glauben an eine durch Kompromißbereitschaft gekennzeichnete politische Kultur und die wirtschaftliche Verflechtungen. Aber auch hier verspürt man, genauso wie in der EU, daß andauernd am institutionellen Gefüge „gemodelt“ wird, auf der Suche nach der Lösung für die jeweiligen Probleme, aber ohne einen festen Plan.

Die Probleme Belgiens gehen aber über den weltbekannten „Sprachenstreit“ hinaus, wobei sich die Weltsprache Französisch in der Minderheit, die Regionalsprache Niederländisch<sup>9</sup> dagegen sich in der Mehrheit befindet und zu gleicher Zeit die Sprache des ökonomisch stärkeren Landesteils ist. Es handelt sich auch, und nicht erst seit kurzem, um sozio-ökonomische Unterschiede zwischen dem niederländischsprachigen Flandern und dem französischsprachigen Wallonien, um ein Nord-Süd-Gefälle, wobei die 1963 festgelegte Sprachgrenze zwischen den linguistisch homogenen Gebieten auch eine Wohlfahrtsgrenze geworden ist, eine Grenze zwischen

---

<sup>9</sup> Niederländisch ist die offizielle Sprache in den Niederlanden, Belgien und Surinam, und spielt auch als Quellsprache noch eine gewisse Rolle in Indonesien und Südafrika.

zwei Regionen mit einem differenzierten Blick bezüglich der Frage, wie die durch die europäische Integration und die Globalisierung aufgeworfenen Probleme zu lösen seien. Im prosperierenden Flandern mündet diese Fragestellung oft in den Ruf nach mehr Mitteln für die eigene Region, nach fiskalischer Autonomie, was von den Französischsprachigen als erster Schritt in Richtung Separatismus verschrien wird. Flanderns führende Kreise in Politik und Wirtschaft nehmen oft auch ein Vorbild am „Poldermodel“ der Niederlande, wo alles besser als in Belgien zu funktionieren scheint. Die Sprache, die sich Flamen und Niederländer teilen, erleichtert ihnen natürlich den Aufbau einer transnationalen Kommunikationsgemeinschaft, nicht nur im Bereich der Kultur, sondern auch in den Bereichen von Politik und Handel. Daß die Flamen und Wallonen trotz ihrer Zugehörigkeit zum selben föderalen Staat verschiedene Sprachen reden, akzentuiert dagegen die vorhandenen sozio-ökonomischen und politischen Differenzen. Das Fehlen kultureller Homogenität erschwert das emotionslose Austragen der unterschiedlichen Diskurse in einem neutralen Forum, gerade weil die Sprache an dem Identitätsgefühl der Betroffenen rührt.

Belgien liegt auf der Nahtstelle zwischen der germanischen und der romanischen Kultur, und auch wenn seine Völker wie in einem dialektischen, Jahrhunderte währenden Prozeß den Einfluß des jeweiligen anderen Volkes zu spüren bekommen haben, bleiben Differenzen in der sich in der politischen Kultur niederschlagenden Mentalität haften. Die Frage lautet dann auch, ob das, was in Belgien vorgeht, charakteristisch sein könnte für die Zukunft der EU, wo diese beiden Kulturen vorerst noch die dominierenden sind. Der französisch-deutsche Streit Anfang 1998 um den richtigen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Duisenberg oder Trichet, hatte nichts wirklich Überraschendes für die Belgier, die solche Dispute und vor allem Kompromisse schon längst gewohnt sind.

Am 6. März 1998 veröffentlichten belgische Künstler und Intellektuelle in den beiden wichtigsten Tageszeitungen beiderseits der Sprachengrenze, *De Standaard* und *Le Soir*, ein Plädoyer gegen die „nationalistische Torheit“. Belgien wurde darin als „einer der letzten multikulturellen Staaten Europas“ aufgeführt und wegen seiner Toleranz und Offenheit gegenüber den

## Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa?

Migrantengemeinschaften gepriesen als ein „Vorbild für ein Europa, das dem Aufmarsch ethnischer Mikronationalismen zum Opfer fällt.“ Ist Belgien also ein „multikultureller“, oder besser, ein kulturell pluralistischer Staat - und als solcher ein Vorbild für die EU - oder ist es nur ein „multinationaler“ Staat, in dem zwei „Subnationen“ nebeneinander bestehen und auf Kosten ihrer eigenen Union gegeneinander um mehr Selbständigkeit kämpfen? Läßt sich dieses Streben mit einem Europa der Regionen auf Kosten der heutigen Nationalstaaten in Einklang bringen? Tatsache ist, daß Europa sich fragen dürfte, ob der „belgische Weg“ eine Inspirationsquelle für die multi-ethnische Gemeinschaft wäre, nachdem es schon Zeuge der Entwicklungen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien war? Der flämische Politiker Ludo Dierickx ist jedenfalls dieser Meinung, denn in einem Artikel unter dem Titel „Europa wird belgisch sein oder nicht“, schreibt er: „Falls Belgien dem Beispiel der Tschechoslowakei folgt, dann ist dies ein negatives Signal gegenüber der EU und ein Beweis [...], daß Menschen tatsächlich nicht in einer multikulturellen Demokratie zusammenleben können und daß Europa ein riskantes Unterfangen ist.“<sup>10</sup>

Wir müssen uns demnach Fragestellungen zuwenden wie:

- 1) Steht die belgische Lösung im Widerspruch zur Globalisierung, deren Ausdruck die europäische Integration ist?
- 2) Welcher Einfluß geht von der europäischen Integration auf die innerbelgischen Probleme aus?
- 3) Eröffnet die Annäherung zwischen der Region Flandern und dem Nationalstaat der Niederlande neue Perspektiven, in dem Sinne, daß Europa nach einem kulturellen Aufbauprinzip neu zu ordnen sei?

Diese Fragestellungen erhalten um so mehr Aktualität, als das Jahr 1999 für sie entscheidend sein wird, nicht nur wegen der Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch wegen der Wahlen zum belgischen föderalen Parlament, bei der auch die Frage nach einer neuen Staatsreform gestellt werden wird.

---

<sup>10</sup> De Standaard, 18.Juni 1998

### **3. Zum Wesen der belgischen „Nationalitätenfrage“**

#### *3.1 Übersicht über das Zustandekommen des belgischen föderativen Systems*

Als Belgien sich 1830 unabhängig vom Vereinigten Königreich der Niederlande erklärte, nahm seine bürgerliche Elite das Französische an, auch wenn dies eine Fremdsprache war, sowohl für die niederländische Dialekte sprechenden „Flamen“ als auch für die wallonische Dialekte sprechenden „Wallonen“. Französisch war schon die Sprache des burgundischen Hofes in Brüssel gewesen, und die französische Besetzung der „südlichen Niederlande“, dem heutigen Belgien, zwischen 1793 und 1814 hatte das ihrige zur Französisierung des intellektuellen Lebens getan. Die Rolle des Französischen im damaligen Belgien könnte man gewissermaßen mit dem des Englischen heutzutage in Europa vergleichen, auch wenn es einen gravierenden Unterschied gibt, den man beim Plädieren für eine lingua franca nicht außer Acht lassen sollte: der Zugang zum Englischen steht jedem Bürger frei, während Französisch im damaligen Belgien für eine bestimmte sozial gehobene Schicht reserviert war. Wer kein Französisch konnte, verharrte in der Armut oder blieb auf den unteren Sprossen der Gesellschaft, während derjenige EU-Bürger, der kein Englisch kann, zwar bestimmte Vorteile und Aufstiegschancen im internationalen Bereich an sich vorbeigehen sieht, darunter aber im sozial-ökonomischen Bereich seines eigenen Staates nicht leiden wird. Die offizielle Mehrsprachigkeit in der EU trägt dieser Tatsache Rechnung, genauso wie dies heutzutage die offizielle Zweisprachigkeit in Belgien tut. Dies erklärt auch die Haltung vieler flämischer Politiker in Sachen Sprachenpolitik der EU, wenn sie darauf bestehen, daß jede Sprache respektiert werden soll. Für sie ist dies aufgrund der sozialemanzipatorischen Tradition der „Flämischen Bewegung“ eine Frage der Demokratie. Während es den romanischsprachigen Wallonen nicht schwer fiel, auf Französisch als Kultursprache umzuschalten, blieb den Flamen, abgesehen von einer kleinen bürgerlichen Oberschicht, der soziale Aufstieg verwehrt. Außerdem war das damals agrarische Flandern überwiegend katholisch und konservativ, das industrialisierte und reichere Wallonien eher atheistisch und progressiv geprägt, so daß sich drei Tren-

nungslinien in Belgien herauskristallisieren lassen, die „ethnische“ (flämisch/wallonisch), die sozial-ökonomische (arm/reich) und die weltanschauliche (Katholiken/Freidenker; rechts/links). Letztere hat inzwischen ihren Einfluß eingebüßt, während die zweite mehr und mehr in den Vordergrund getreten ist.

Als Reaktion gegen die soziolinguistische Diskriminierung im 19. Jahrhundert entstand eine vor allem mittelständisch gefärbte „Vlaamse Beweging“ (Flämische Bewegung), deren kulturellen Forderungen allmählich eingewilligt wurde, zum Beispiel mit der erst 1930 erfolgten Niederlandisierung der Universität Gent oder 1963 mit der Festlegung der entlang der alten römischen Heerstraße von Köln nach Boulogne verlaufenden Sprachengrenze zwischen Flandern und Wallonien (wobei allerdings den frankophonen Einwohnern einiger flämischer Gemeinden um Brüssel herum „facilitäten“ eingeräumt wurden, das heißt Sprachvergünstigungen im Umgang mit den Behörden). Die allgemeine Zweisprachigkeit in ganz Belgien wiesen die Wallonen 1932 von sich, weil sie sich vor der demographischen Überlegenheit und der wachsenden politischen Macht der Flamen fürchteten. Deswegen entschieden sich die Belgier für die „territoriale Lösung“ der Sprachenfrage, wobei zu bedenken ist, daß die Option für „interne territoriale Grenzen“ nur eine der Möglichkeiten ist, um das Zusammenleben verschiedener Sprachgemeinschaften unter einem und demselben Staatsdach zu kanalisieren<sup>11</sup>.

Ab den sechziger Jahren setzte sich die Idee des Föderalismus durch. Während es die Flamen vor allem nach kultureller Autonomie drängte, ließen sich die Wallonen durch die Sicherstellung der eigenen ökonomischen Interessen nicht nur gegenüber Flandern, sondern auch gegenüber dem liberalen Brüsseler Establishment, inspirieren. Flamen und Wallonen verlangten somit zwei unterschiedliche Sachen - kulturelle beziehungsweise regionale Autonomie -, die im Fall Brüssels aufeinanderprallen mußten. Während die Flamen wollten, daß die alte flämische, aber seit der Gründung Belgiens stark französisierte Hauptstadt ein Teil der flämischen Gemein-

---

<sup>11</sup> Vgl. Anja Detant: *Wie is de natie? Een analyse van de betekenis van taal en territorialiteit in België*, Res Publica 1/1998, S. 60 f.

schaft (auf Französisch: Communauté) werden sollte, konnten die Frankophonen nur dem Gedanken akzeptieren, daß Brüssel eine Region würde. Um aus der Sackgasse zu gelangen, hatte die Lösung „*both a 'communitarization' and a 'regionalization' of the state structure*“<sup>12</sup> zu sein.

Das föderale System, das im Zuge der aufeinanderfolgenden Staatsreformen (1970, 1980, 1988, und schließlich 1993 mit dem Abkommen von Sankt-Michels) zustande gekommen ist, zeigt sich deswegen auch durch eine gewisse Komplexität aus. Belgien besteht nicht nur aus vier Sprachgebieten (das Niederländische, das Französische, das Deutsche und das zweisprachige Gebiet Brüssel), sondern auch aus drei Regionen (Flandern, Wallonien, Brüssel) und aus drei Gemeinschaften (die Flämische, die Französische, die Deutsche). Die Flämische Gemeinschaft umfaßt die Einwohner der Region Flandern und die flämische Minderheit in Brüssel, während die Französische Gemeinschaft die Einwohner der Region Wallonien (minus die der Deutschsprachigen Gemeinschaft) und die frankophone Mehrheit in Brüssel enthält. Jede dieser Gemeinschaften und Regionen hat ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung, die Organe der flämischen Gemeinschaft und der flämischen Region sind aber fusioniert worden (was das föderale System zu einem asymmetrischen macht).

Während die Regionen für alle Angelegenheiten, die sich auf ihrem Territorium regeln lassen, zuständig sind, wie zum Beispiel für Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung und Agrarwirtschaft, sind die Gemeinschaften für personenbezogene Angelegenheiten wie Bildung, Kultur, Gesundheit, Sprache und Wissenschaft zuständig. Was den belgischen Föderalismus zu einem Modell sui generis macht, sind erstens der Unterschied an sich zwischen Region und Gemeinschaft, zweitens die Exklusivität der Kompetenzen, also das Fehlen jeglicher Hierarchie, was zentrifugale Tendenzen fördern kann, und drittens das internationale Vertragsrecht, das auch den Regionen und Gemeinschaften bezüglich ihrer Kompetenzen zukommt.

Das belgische Gleichgewicht beruht darauf, daß als Gegenleistung dafür, daß die flämische Minderheit Brüssels paritätisch in der Brüsseler Regie-

---

<sup>12</sup> Ruth Van Dyck, Anm. 7, S. 435

nung vertreten ist, die Französischsprachigen, die nahezu 40 % der Belgier ausmachen, auf föderaler Ebene geschützt werden, indem es in der föderalen Regierung ebensoviel flämische wie frankophone Minister gibt. Der Premier, der seit Jahrzehnten ein Flame ist, soll eine neutrale, vermittelnde Position einnehmen. Auch das föderale Parlament ist in zwei Sprachgruppen aufgeteilt, und obwohl die Flamen aufgrund ihrer demographischen Überlegenheit die meisten Abgeordneten stellen, brauchen Gesetze, die die Interessen der einen oder der anderen Sprachgemeinschaft tangieren, eine spezielle Mehrheit. Im Falle der sogenannten „alarm-bell procedure“ braucht man eine Zweidrittelmehrheit in jeder Sprachgruppe, zum Beispiel sollte man die Grenzen der vier Sprachgebiete ändern wollen. Diese Schutzmaßnahmen sollen nach Auffassung des Staatsrechtlers André Alen und seiner Kollegin Kristin Henrard die „bipolar nature“ des belgischen Föderalismus reflektieren, was durch die Medien, die nicht, wie in anderen föderativen Systemen eine zentralisierende Wirkung haben, sondern „in separate networks“ verteilt sind, noch verstärkt werde<sup>13</sup>. Auf Grund der dadurch bedingten „inward-looking mentality“ würden sich die beiden großen Sprachgemeinschaften gegenseitig als „foreign“ erfahren<sup>14</sup>.

Auf flämischer Seite bleiben bestimmte Forderungen bestehen, wie die nach mehr fiskalischer Autonomie und homogeneren Befugnispaketen für die Regionen, oder nach einer Überprüfung der Transferregelungen (wobei „Mißbräuche“ durch eine Föderalisierung der sozialen Sicherheit aufgehoben werden sollten). Ein weiteres Problem bilden die sogenannten „facilitéengemeenten“, die flämischen Gemeinden um Brüssel herum, wo die frankophonen Einwohner sprachliche Vergünstigungen auf der Verwaltungsebene genießen. Deren eventuelle Einschränkung wird von der französischen Gemeinschaft kontestiert, was von den Flamen dann wiederum als eine unerlaubte Einmischung und als eine Verletzung des Territorialitätsprinzips interpretiert wird. Zusammenfassend kann man mit Christian Koecke zwei große Gefahren unterscheiden, die Belgien drohen: Eine

---

<sup>13</sup> André Alen/Kristin Henrard: The Potential Relevance of Belgian Minority Protection for South Africa, in: Res Publica 1/1998, S. 43

<sup>14</sup> Ebd.

Zentrifugaldynamik, wobei die beiden Landesteile „einen Hang [haben, Erg. d. V.], sich politisch, kulturell und der Mentalität nach voneinander wegzubewegen“ und als deren Pendant eine Blockadehaltung, die sich bemerkbar machen könnte, sollten die beiden Teile je gezwungen werden, „zum Beispiel in Form eines Bundesrates [...] sich an einen Tisch zu setzen“<sup>15</sup>. Letztere Gefahr würde zunehmen, wenn sich der Trend zum Ausbau zweier richtiger Teilstaaten zum Ersatz von Regionen und Gemeinschaften verstärken würde.

### 3.2 *Sozio-ökonomische Differenzen zwischen Flandern und Wallonien als die Hauptquelle der gegenwärtigen Spannungen*

1963 stellte einen Wendepunkt in der Geschichte Belgiens dar. Im kulturellen Bereich war den wichtigsten Forderungen der Flämischen Bewegung Genüge getan, vor allem durch die Festlegung der Sprachgrenze und der Gewährung einer gewissen kulturellen Autonomie für die Sprachgemeinschaften. Man hätte hoffen können, daß jetzt Ruhe in das krisengeschüttelte Land einkehren würde. Bedingt durch den ökonomischen Wandel in der westlichen Welt traten aber in den sechziger Jahren politische Forderungen in den Vordergrund, die erste Ansätze zur Föderalisierung mit sich brachten.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre war Wallonien noch ein Bollwerk der Schwerindustrie gewesen. Danach setzte jedoch in diesem Sektor ein Verfall ein, während Flandern mehr und mehr multinationale Unternehmen anziehen konnte<sup>16</sup>. Im Zeitraum von 1957 bis 1973 ersetzten moderne Sektoren wie die Automobilfertigung, Chemie und Elektronik die Basissektoren Stahl und Kohle, auf denen die wallonische Wirtschaft beruhte. Die Beschäftigung in der wallonischen Industrie ging von 467.508 Einheiten im Jahre 1957 auf 353.275 Einheiten im Jahre 1973 zurück, was einen Verlust von 24.5 % bedeutet. In Flandern dagegen stieg sie im selben Zeitraum,

---

<sup>15</sup> Koecke, Anm. 1, S. 24 f.

<sup>16</sup> Folgende Zahlen stammen aus einem Dossier, das von der „linksnationalistischen“ flämischen Zeitschrift *Meervoud* in der Sonderausgabe 35 bis, April-Mai 1998 veröffentlicht wurde

## Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa?

von 746,495 auf 809,474 Einheiten, das heißt um 8.5 %, an, was dem guten Investitionsklima im nördlichen Teil des Landes zugeschrieben wird. Auch im tertiären Sektor stieg die Beschäftigung, nicht nur in Flandern (vor allem im Marktbereich), sondern auch in Wallonien, dort allerdings vor allem nur im vom Staat finanzierten öffentlichen Bereich. Der Zeitraum von 1973 bis 1993 wurde durch neue Technologien, Automatisierung und Kapitalzuwachs gekennzeichnet. In Wallonien wuchs die Arbeitslosigkeit noch mehr an, der Anteil der Arbeitnehmer in der Schwerindustrie ging von 41 % auf 20 % zurück, während der Anteil der im tertiären öffentlichen Bereich Angestellten von 28 % auf 41.5 % stieg (in Flandern 32 %).

Wallonien hat sich nicht genug auf die Herausforderungen seit den fünfziger Jahren eingestellt. Die Kritik der progressiven flämischen Nationalisten, von denen dieses Zahlenmaterial stammt, trifft aber vor allem das belgische, überwiegende frankophone und in Brüssel beheimatete „Establishment“, das bis Anfang der sechziger Jahre von der wallonischen Industrie und den Gewinnen der Kongo-Kolonien zehrte, danach aber, als diese Basis wegfiel, statt sein Kapital in R&D zu investieren, dieses benutzte, um die sozialen Folgen der Krise in Wallonien abzufedern. Dort wurde unter der Ägide der wallonischen Sozialdemokraten der PS (Parti Socialiste) ein aufgeblähter Staatsapparat aufgebaut. Im Gegensatz zu Flandern verfügt Wallonien nicht über ein dynamisches klein- und mittelständisches Unternehmertum. Daß sein tertiärer öffentlicher Sektor, der „non-profit-sector“, zu groß ist - auch im Vergleich zu Flandern -, hat seine Ursache vor allem darin, daß diesem keine entsprechende ökonomische Tragkraft gegenübersteht. Obendrein beträgt der Anteil der Nicht-Berufstätigen in der aktiven Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren in Wallonien 46.5 % gegenüber nur 41.5 % in Flandern. Zählt man die Ziffern zusammen, also 10 % im öffentlichen Bereich, 5 % in der Kategorie der aktiven Bevölkerung, kommt man zu einem Unterschied, einem „Sozialdefizit“ von 15 %, das durch Transferleistungen aus Flandern ausgeglichen werden muß. Diese betragen ungefähr 3 % des BIP Flanderns und machen wiederum 6 % des BIP Walloniens aus. Selbstverständlich gibt es auch innerhalb der EU und der Bundesrepublik Deutschland Transferleistungen, nur weiß man hier aufgrund des Vorhandenseins vieler Regionen oder Länder nicht immer ganz genau, was

von wem stammt. Nur im Falle der Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland ließe sich eine Analogie konstruieren, weil sich dort ebenfalls ein gewisser und erkennbarer Antagonismus auftut. Böses Blut erzeugt in Flanderns führenden Kreisen vor allem die Tatsache, daß die Transferleistungen nicht nur undurchsichtig seien oder auf Mißbräuche - zum Beispiel im Gesundheitswesen - zurückgingen, sondern auch, daß Wallonien den Sprung aus dem Zustand der Beihilfe scheinbar nicht schafft. Die Transferleistungen lassen im Gegenteil die aussichtslose soziale Abhängigkeit fort dauern.

Herausgeber flämischer Tageszeitungen, wie zum Beispiel Dirk Achten, Chefredakteur von *De Standaard*, schreiben dies sehr oft der anders gear- teten politischen Kultur in beiden Landesteilen zu. Wenn CEPESS, der Think Tank der flämischen und französischsprachigen Christendemokraten, behauptet, daß das BIP Walloniens 15 % unter dem europäischen Durch- schnitt liege sowie daß das um 0.8 % niedriger als in Flandern liegende Wachstum die Hälfte der wallonischen Arbeitslosigkeit zu verantworten habe, und wenn er über einen Mangel an Dynamik redet, wird deutlich, daß der Adressat dieser Kritik der sogenannte „PS-Staat“ ist. Reformstau und Immobilismus der PS sind die Schlagworte, mit denen die Meinungsmacher Flanderns den innerbelgischen Graben zu erklären suchen.

Ein Dialog zwischen den beiden Landesteilen, die sich einander als zwei antagonistische Blöcke gegenüberstehen, wird zunehmend als schwierig angesehen. Die PS stellt zusammen mit den Christendemokraten auch die paritätisch aus der gleichen Anzahl von flämischen und frankophonen Mi- nistern zusammengesetzte föderale Regierung. Was ihre Gegner vor allem auf flämischer Seite empört, ist die Tatsache, daß die PS, obwohl sie nur in Wallonien gewählt wird (von etwa 30 % der Wallonen) und so nur 10 % der belgischen Bevölkerung repräsentiert, die nötigen Reformen auf Bun- desebene, im Interesse des ganzen Staates, also auch Flanderns, blockiere.

Die Schwäche der föderalen Politik bestehe, so Herman Suykerbuyk, ehe- maliger Vizevorsitzender des Flämischen Parlaments, aus ihrer Zweiglied- rigkeit, weil eine föderale Regierung ihre Legitimität „zur Hälfte den Fla-

men, zur anderen Hälfte den Frankophonen verdankt“<sup>17</sup>. Da es keine föderalen Parteien gebe - dieselbe Situation findet man auch auf der europäischen Ebene vor -, und dies im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten, ist jede Partei nur mit den Wählern in der eigenen Region befaßt. Laut Professor Matthias Storme von der Universität Leuven (Löwen) wirkt das für eine Demokratie notwendige Mehrheitsprinzip nicht, weil es zwei Mehrheiten in Belgien gebe<sup>18</sup>. Die Folge davon sei, daß eine flämische Mehrheit ihren Standpunkt im föderalen Parlament zum Beispiel nicht durchsetzen könne. Diese These ist nicht der Gefahr entblößt, geht man so doch von der Idee aus, daß politische Gegensätze eher „ethnisch“ oder (sub)national als ideologisch inspiriert seien. Vermeiden läßt sie sich nicht, so lange kulturelle Heterogenität dementsprechend politisch-institutionell übersetzt wird, wie es auch im Parteiensystem der EU der Fall ist, wo Wahlen noch immer nicht staatsübergreifend stattfinden. Wie auch immer, man kann nicht die Augen davor verschließen, daß die politische Klasse Flanderns auf eine Ausdehnung der Autonomie Flanderns zusteuert.

Es ist kein Zufall, daß sich die demokratischen Kräfte unter den flämischen Nationalisten der „Volksunie“ gut mit den flämischen Liberalen verstehen, die übrigens in der Vergangenheit als belgische Patrioten galten, sich vor einigen Jahren aber den Namen „Vlaamse Liberalen en Democraten“ (VLD) gaben. Der Ruf nach mehr Autonomie wird ja nicht mehr nur mit kulturellen, sondern auch und vor allem mit wirtschaftlichen Argumenten vorgetragen, unter Hinweis auf die Globalisierung, die den Wettbewerb in der ganzen Welt schärfen solle. Ob Unternehmen in der Lage sind, die besten Güter zu möglichst niedrigen Preisen herzustellen, hängt auch davon ab, in welchem Maße der Staat ein günstiges Klima dafür schafft. Flämische Unternehmer verbreiten oft den Eindruck, die flämische Regierung tue da mehr oder verstehe sie besser als die belgische. Ein Beispiel dafür, daß Flandern sich von der föderalen Regierung gebremst fühlt, bilden die gescheiterten Versuche der flämischen Regierung, die Körperschaftssteuer für diejenigen Unternehmen zu senken, die die Anzahl ihrer Arbeitnehmer

---

<sup>17</sup> De Standaard, 14. März 1998

<sup>18</sup> Vgl. De Standaard, 7. März 1998

wenn nicht steigern, dann doch wenigstens behalten würden. Dies brachte den flämischen „Landesminister“ für Wirtschaft, Eric van Rompuy, zur Aussage: „Der belgische Staat darf Flandern nicht daran hindern, wettbewerbsfähig auf Weltniveau zu werden.“<sup>19</sup> Der Drang nach mehr Autonomie, vor allem fiskalischer Art, scheint in dieser Hinsicht den Globalisierungsprozessen zu entstammen. Im Augenblick verfügt Flandern nur über 11 % eigene fiskalische Verantwortlichkeit.

Der belgische Premier Jean-Luc Dehaene muß die Botschaft verstanden haben, sagte er doch während eines Vortrages in der wallonischen Kleinstadt Dinant im September 1997, daß die Bereitschaft der Flamen, weiter mit den Wallonen zusammenleben zu wollen, von der Wiedergesundung der wallonischen Wirtschaft abhängt. Die schon erwähnten progressiven flämischen Nationalisten um die Zeitschrift *Meervoud* befürworteten schon einen „Marshall-Plan“ für Wallonien, jedoch nicht bedingungslos - oder wie einer von ihnen, der Philosoph Ludo Abicht, es in Anlehnung an einen anderen „Befreiungskampf“ in der Geschichte auf den Punkt brachte: „No solidarity without sovereignty“. Die flämischen Eliten behaupten, solidarisch mit Wallonien bleiben zu wollen - „man brauche eben einen gesunden Nachbarn“ -, aber ohne die automatischen Transfermechanismen, die nicht transparent seien und zu viel Mittel von Flandern nehmen würden. Daher strebt seine führende Klasse nach mehr homogenen Zuständigkeitspaketen, zum Beispiel in den kostenspieligen Bereichen wie Familienpolitik und Gesundheitspflege, die als personenbezogene Angelegenheiten eigentlich zur jeweiligen Gemeinschaft gehörten.

Hinter diesem Drängen nach einer vorerst noch partiellen Aufteilung der sozialen Sicherheit wittern die Frankophonen den Anfang vom Ende des belgischen Staates. Die Gedanken und Äußerungen flämischer Politiker sind nicht derart, daß sie die Französischsprachigen aus Wallonien und Brüssel nicht schrecken würden. Martine Dubuisson, eine Redakteurin der frankophonen Brüsseler Zeitung *Le Soir*, ist sich der geringen Affinität der

---

<sup>19</sup> De Standaard, 30. September 1996

flämischen politischen Klasse gegenüber Belgien bewußt<sup>20</sup>. Der Begriff „Separatismus“ war lange Zeit ein Tabuwort, ebenso wie es der Begriff Föderalismus bis tief in die sechziger Jahre war. Inzwischen aber ist Belgien sogar ein föderaler Staat geworden. Auch über Separatismus wird jetzt diskutiert, und der Begriff „Konföderalismus“ - der sich doch nur über das Auseinanderbrechen des bestehenden Staates realisieren läßt - ist auf der flämischen Seite salonfähig geworden. Dubuisson glaubt, daß nur Europa dem Separatismus einen Riegel vorschieben kann, da die Nationalstaaten einen Verlust an Souveränität nicht hinnehmen würden, wie er zustande kommen könnte, sollten Regionen wie das *Baskenland* und *Katalonien* dem Beispiel Flanderns folgen.

Dubuisson sprach diese Hoffnung aber 1996 aus. Wie ist die heutige Situation, ist man in Europa doch Zeuge der „devolution“ in Großbritannien geworden? Natürlich kann Belgien nicht mit jedem Staat verglichen werden. Auch wenn es regionale Minderheiten in Frankreich oder in den skandinavischen Ländern gibt, oder größere „interregionale Spannungen“, wie in Spanien und Italien, sind diese Staaten doch anders als Belgien „in einem relativ starken Maße Nationalstaaten“<sup>21</sup>. Alle sind sie offiziell oder jedenfalls auf höchster Ebene einsprachig und besitzen eine Bevölkerung, die als dominierende Kraft das „Zentrum“<sup>22</sup>, den „nation-building“ Faktor, darstellt. In Belgien aber leben zwei Völker nebeneinander, von denen das eine, das flämische, oder jedenfalls seine Elite, einen Tausch der belgischen nationalen Idee, oder was davon übrigbleibt, mit dem flämischen Nationenbegriff anstrebt. Dies ist vielleicht mehr als nur Regionalismus, auch wenn die flämische Elite sich immer auf das „Europa der Regionen“ beruft, und könnte auf die Dauer die Existenz eines Staates aufs Spiel setzen, der noch immer in der Reihe von Europas Nationalstaaten aufgenommen ist.

---

<sup>20</sup> Eine interessante Studie zum Nationalbewusstsein der Belgier ist die von Bart Madens, Roeland Beerten und Jaak Billiet (Hrsg.): *O Dierbaar België? Het natiebewustzijn van Vlamingen en Walen*, Leuven 1994

<sup>21</sup> Nico Wilterdink/Ton Zwaan: *Nationalisme, natievorming en modernisering*, in: Ton Zwaan u.a. (Hrsg.), *Het Europees Labyrint. Nationalisme en natievorming in Europa*, Boom 1991, S. 266

<sup>22</sup> Vgl. Frank R. Pfetsch, Anm. 8, S. 7

Anders als die Lega Nord in Italien, die nicht an der Macht in Rom beteiligt ist, ist Flandern selbst einer der beiden Machtblöcke in Belgien. Daß seine politische Klasse dennoch aus der belgischen Union hinaus strebt, erscheint den Französischsprachigen als ein Paradoxon. Auf den ersten Blick könnte Sven Papcke dann auch recht haben, wenn er meint, das regionale Selbstbestimmungsrecht habe sich als Vehikel der Abgrenzung erwiesen und führe zu einer Spirale des ethnischen Gegeneinanders.<sup>23</sup> Nur hat das Problem in Belgien natürlich mit dieser Parität zu tun, die eine blockierende Wirkung ausübt, in dem Sinne, daß Flandern oft auf ein wallonisches Veto stößt. In einem zweigliedrigen Land kann die Politik von „divide et impera“ nicht spielen, und die Situation wird sich nicht bessern, da die Flamen auf eine institutionelle Reform hin arbeiten, wobei dem Unterschied zwischen Region und Gemeinschaft ein Ende bereitet werden soll und Flandern und Wallonien zwei richtige Teilstaaten werden sollen (mit einem Sonderstatus für Brüssel und die Deutschsprachigen). Auf der flämischen Seite läßt sich vielleicht hoffen, daß mehr fiskalische Autonomie und homogenere Zuständigkeitspaketen dem Antagonismus den Boden entziehen.

#### **4. Die Bedeutung des Diskurses für die Rolle von Belgien und Flandern in Europa**

##### *4.1 Die „belgische Krankheit“ als Ausdruck eines Nord-Süd-Dualismus in Europa*

Guy Verhofstadt, der Vorsitzende der flämischen Liberalen (VLD), veröffentlichte 1997 ein Buch mit dem Titel „Die belgische Krankheit“. Es erinnert ein wenig an das Bild des „kranken Mannes von Europa“. Obwohl sich in letzter Zeit einiges zum Guten geändert hat - die Justiz- und Polizeireform vom Mai 1998 ist ein Beleg dafür -, deckt sich Verhofstadts Analyse doch größtenteils mit dem oben Besprochenen, in dem Sinne nämlich, daß die Spannungen zwischen den zwei Gemeinschaften auf beider unter-

---

<sup>23</sup> Vgl. Sven Papcke: Nationalismus - ein Alptraum?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B42/1994, S. 13

## Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa?

schiedliche Sicht zurückzuführen sind und die Staatsreform von 1993 unvollkommen ist, da die Regionen nicht über die Steuermittel verfügen, die das wichtigste Instrument für die Politik darstellen, und Autonomie ohne Kontrolle über die Einnahmen keine richtige Autonomie ist.<sup>24</sup> Verhofstadt stellt die belgische Frage jedoch in einen breiteren europäischen Rahmen. Seiner Meinung nach gibt es zwei Visionen in Europa.<sup>25</sup> Die eine ist die des Südens, wobei die Gesellschaft von Interessengruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Unternehmerverbänden und politischen Parteien beherrscht würde, was zu Korporatismus und Klientelismus führe. Diese rigiden Strukturen würden die durch die Globalisierung erforderlich gewordenen Reformen bremsen. Die andere Vision ist die des Nordens Europas, vor allem die der kleineren Staaten wie der Niederlande oder Dänemarks, oder in letzter Zeit auch die Großbritanniens. In diesen Ländern führe das Primat der Politik gegenüber den Interessengruppen zu Modernisierung und Abbau von Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit. Positiv zu veranschlagen seien außerdem die höhere Partizipation der Bürger an der Politik, die Art und Weise, wie der Staat versuche, die sozialen Ausgaben nicht nur zu verringern, sondern sie zu vermeiden, sowie die Flexibilität.

Grob skizziert fällt die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa mit der zwischen der germanischen und der romanischen oder lateinischen Welt zusammen. Belgien selbst, das auf der Nahtstelle zwischen beiden Welten oder Kulturen liegt, sei laut Verhofstadt das Spiegelbild dieses Europas, man könnte fast sagen, dieses bikulturellen Europas, sowohl linguistisch als auch soziokulturell, wobei das Land aber in seinen staatlichen Strukturen und Traditionen eindeutig nach Süden orientiert sei. In Flandern gebe es wie im Norden Europas einen Reformwillen, der aber von dem für die Vision des Südens repräsentativen Wallonien aufgehe. Die Weigerung der wallonischen PS und FTGB (eine Gewerkschaft), ökonomische Reformen durchzuführen, rechtfertige Flanderns Ruf nach mehr Autonomie, denn nur

---

<sup>24</sup> Vgl. Guy Verhofstadt: *De Belgische Ziekte. Diagnose en remedies*, Antwerpen 1997, S. 54-56

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 21-23

so könne es den Anschluß an die Politik der nördlichen Mitgliedstaaten der EU finden.

Festzuhalten ist die Bewunderung in führenden flämischen Kreisen für Staaten wie die Niederlande und Großbritannien, und zu gleicher Zeit das Mißtrauen gegenüber den Großen, die Europa beherrschen, Frankreich und Deutschland. Während der Bundesrepublik vor allem eine ökonomische und politische Hegemonie angekreidet wird, richtet sich die stärkste Kritik der Flamen gegen Frankreich, nicht nur weil es sich in die belgische Wirtschaft einkaufe, sondern auch weil es einer altmodischen politischen Kultur zugetan sei, deren Merkmale Neomerkantilismus, Intransparenz in der Beschlußfassung und ein autoritäres Benehmen seien. Die angelsächsische Welt dagegen basiere auf einer Kultur der Debatte und des Respekts vor der Marktwirtschaft und der „Öffentlichkeit und Transparenz in der Verwaltung“, so Marc van Dongen Anfang 1997 in der flämischen Tageszeitung *De Standaard*.<sup>26</sup> Er versteht deshalb auch das Mißtrauen der Briten gegenüber der EU wegen der „geringen demokratischen Kultur und der Lust zum autoritären Auftreten von Frankreich und Deutschland“.

#### 4.2 *Flämisch-holländische Zusammenarbeit im europäischen Rahmen*

Das Plädoyer von Guy Verhofstadt ist auch ein Beleg dafür, wie sehr die flämischen Eliten zu den Niederlanden emporschauen, und dies nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Die ökonomischen Erfolge der Niederländer verschärfen das Bewußtsein um die Spannungen innerhalb Belgiens und verführen manchen flämischen Nationalisten sogar zu Aussagen wie „Flandern ist festgekettet in einem belgischen Morast von ökonomischen, politischen, juristischen und sozialen Blockaden“<sup>27</sup>. Der flämische Politikwissenschaftler Yvan Vanden Berghe betrachtet das Zusammenbleiben mit den Wallonen als immer schwieriger, „weil Wallonien gründlichen gesellschaftlichen Reformen entgegenwirkt“, während sich zu gleicher Zeit von

---

<sup>26</sup> De Standaard, 29. Januar 1997

<sup>27</sup> Jaak Peeters in einem Beitrag in De Standaard, 18. September 1997, unter dem Titel: „België verhindert Vlaams poldermodel“.

den Niederlanden aus eine „rationale, calvinistische Denkart“ hereinschleiche. „Die junge Politikergeneration in Flandern, die auch angelsächsisch orientiert ist, wird dadurch stark beeinflusst“, meint Vanden Berghe.<sup>28</sup>

Seit der letzten belgischen Staatsreform 1993 nimmt die niederländische Außenpolitik nun endlich auch Flandern als politisch-institutionelle Entität wahr. Da die Flämische Gemeinschaft internationales Vertragsrecht im Bereich ihrer Kompetenzen besitzt, fällt es ihr leichter, mit den Niederlanden in den Bereichen Vereinbarungen zu treffen, für die früher Belgien und damit auch eingeschlossen die wallonische Seite an den Verhandlungstisch gebeten werden mußte. So stand viele Jahre lang ein Abkommen über die Vertiefung der Schelde - die nördlich vom Antwerpener Hafen das belgische Territorium verläßt, um durch niederländisches Hoheitsgebiet zu fließen - aus, weil die Niederländer als Kompensation, die Reinigung der durch Wallonien fließenden und in die Niederlande führende Maas verlangten. Die Föderalisierung Belgiens zeigte positive Resultate, als die niederländische und die flämische Regierung am 17. Januar 1995 die sogenannten „Wasserverträge“ abschlossen, auch wenn Flandern als Kompensation für die Vertiefung des für den Antwerpener Hafen so wichtigen Flusses den Wünschen der Niederländer bezüglich der Trasse des Hochgeschwindigkeitszuges im Norden Flanderns nachgeben mußten.

Die Frage, ob die Zusammenarbeit zwischen Flandern und den Niederlanden noch intensiviert werden könnte, erhielt Auftrieb, als Professor Andries Postma, Vizevorsitzender des niederländischen Parlaments, Anfang Mai 1997 die niederländische Öffentlichkeit mit dementsprechenden Vorschlägen überraschte<sup>29</sup>. Dabei ging er von der Feststellung aus, daß dies auf der Hand liege, da Belgien aufgrund der europäischen Integration und der inneren Föderalisierung immer mehr Befugnisse abgeben würde. Postma führte vor allem ökonomische Argumente ins Feld, um den Niederländern deutlich zu machen, Flandern sei wortwörtlich „eine attraktive Braut“. Hier lebt die alte Idee wieder auf, die typisch ist für die „Benelux-Nostalgiker“,

---

<sup>28</sup> Gazet van Antwerpen, 9. Mai 1997

<sup>29</sup> Siehe u.a. seinen Beitrag in De Standaard vom 14. Mai 1997 unter dem Titel: „Vlaanderen is Nederlands natuurlijke bondgenoot“.

auch wenn sie sich auf einen Teil der Benelux-Staaten beschränkt, die Idee nämlich, daß dieser Bund die achte Wirtschaftsmacht in der Welt bilden könnte. Auch der ehemalige Diplomat Jan Hendricks hatte schon bedauert, daß Wallonien „ein Störenfried geworden ist auf dem Wege zu weiterer Benelux-Kooperation“<sup>30</sup>. So hatte zum Beispiel der ehemalige PS-Führer Guy Spitaels vor einigen Jahren eine ins Auge gefaßte Zusammenarbeit der Fluggesellschaften Sabena und KLM unterbunden.

Neu an Postmas Überlegungen ist auch der mit einem Hinweis auf die sich ausdehnende EU verbundene Vorschlag, intensiver zusammenzuarbeiten, sowohl im kulturellen Bereich, um die gemeinsame Sprache besser zu verteidigen, als auch im außenpolitischen Bereich, um sich als kleinere Mitgliedstaaten in der EU behaupten zu können. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind die Besprechungen zwischen Eric Derycke, dem belgischen Außenminister, und Hans van Mierlo, seinem holländischen Amtskollegen, im März 1998 hinsichtlich einer gemeinsamen Außenpolitik der EU, in der kleinere Staaten mehr zu sagen haben sollten. Derycke richtete seine Pfeile vor allem gegen Frankreich: „L'état-nation ist offensichtlich noch nicht tot in Europa.“<sup>31</sup>

Wenn schon nicht die ganze Benelux revitalisiert werden kann, so soll doch wenigstens ihr niederländischsprachiger Kern die Kräfte bündeln - dies könnte der daraus abzuleitende Gedanke sein. Trotzdem werden wenig Flamen - geschweige denn Niederländer, denen „Groot-Nederland“ immer verdächtig war - einer staatlichen Vereinigung von Flandern und den Niederlanden das Wort reden, auch wenn man schon in der sogenannten „Taalunie“, einem Organ, das orthographische Fragen der niederländischen Sprache regelt, eine Konföderation bildet. Angesichts der eventuellen Bildung eines „gesamtniederländischen“ Staates warnen die Niederländer die Flamen sogar vor ihrer Minorisierung, während diese selbst mehr und mehr anfangen, ihre Eigenheit zu betonen. Dies führt sogar dazu, daß flämische Intellektuelle ihre Muttersprache als „Flämisch“ bezeichnen, statt als Niederländisch, oder daß flämische Politiker nicht ohne Stolz auf das

---

<sup>30</sup> De Standaard, 22. Mai 1997

<sup>31</sup> „België en Nederland gaan in Calimero-verzet“, De Standaard, 24. März 1998

„Belfriedmodell“ als das sogar noch besser abschneidende Pendant zum holländischen „Poldermodel“ hinweisen. Hier ereignet sich dasselbe als auch an anderen Stellen in der Welt, aber in einem kleineren Maßstab: Je weiter die Internationalisierung voranschreitet, umso mehr äußert sich das Bedürfnis nach einer sich als Regionalisierung verhüllenden Abgrenzung. Erinnerung sei hier auch an die Aussage von Lambertz, Minister der deutschsprachigen, zur wallonischen Region gehörenden Gemeinschaft, er sei „kein deutschsprachiger Wallone“. Wenn diese Regionalisierung auch die Gefahr einer „Fragmentierung“<sup>32</sup> in sich birgt, könnte diese Neuauflage des Selbstwertgefühls der Völker und Bevölkerungsgruppen hinsichtlich Europa bedenklich sein.

#### 4.3 *Flämisches Autonomiestreben und Europa: ein Widerspruch?*

Aus dem Vorangehenden geht hervor, daß Europa die Frage nach der eigenen Identität aufwirft, sowohl innerhalb Belgiens als auch gegenüber den Nachbarn. Die Flamen haben sich eine gemeinsame, auf ein bestimmtes Territorium beschränkte Identität in der Auseinandersetzung mit dem ehemals vom frankophonen Establishment dominierten Belgien erkämpft. Die Wallonen tun sich schwerer mit einer wallonischen Identität, da sie früher nicht ein ähnliches Bedürfnis hatten. Im Gegenteil, nachdem gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Niederländische wieder als gleichberechtigte Sprache in das Justizwesen und in die Verwaltung der flämischen Städte eingezogen war, beklagte sich der wallonische Sozialist Jules Destrée 1912 in einem offenen Brief an den König unter dem Titel „Sire, il n'y a pas de Belges“ über die Flamen: „Ils nous ont pris la Flandre ... Ils nous ont pris nos emplois publics... Ils nous ont pris la liberté ... Ils nous ont pris notre langue.“<sup>33</sup> Destrée stellte fest, daß es nicht ein „belgisches Volk“, sondern zwei Völker in Belgien gebe, und zwar aufgrund der Sprache. Man könnte sagen, Ähnliches gelte auch für Europa, wo es nicht ein Volk, ein europäisches, sondern mehrere Völker gibt. Aber auch bei Destrée merkt man

---

<sup>32</sup> Sven Papcke, Anm. 23, S. 13

<sup>33</sup> Zitiert nach Jos. Bouveroux: Het Sint-Michielsakkoord. Naar een federaal België, Antwerpen 1993, S. 10

schon, was die frankophone Position in Belgien noch immer kennzeichnet, nämlich die fehlende Bereitwilligkeit, das Territorialitätsprinzip anzuerkennen, und das Verlangen, überall dort, wo Französisch gesprochen oder verstanden wird, auch in administrativen Angelegenheiten in der eigenen Sprache bedient zu werden. Dies verrät auch etwas über die Haltung der Frankophonie im Allgemeinen gegenüber der Sprachenpolitik der EU. In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, daß die Europäische Kommission für die Menschenrechte am 8. September 1997 das Territorialitätsprinzip anerkannt hat, nachdem sich zwölf frankophone Einwohner des neben Brüssel gelegen flämischen Wahlbezirks Halle-Vilvoorde, in dem es auch frankophone Listen gibt, darüber beschwert hatten, daß die Bestimmungen für die flämischen „Landtagswahlen“ in der Peripherie im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtserklärung stehen würden. Die Kommission stellte unter anderem fest, daß die frankophonen Wähler und Gewählten in diesem Wahlbezirk dieselben Wahlrechte als die Niederländischsprachigen genießen, also keine Diskriminierung darin erblickt werden kann, daß ihre Vertreter im Flämischen Parlament nur das Niederländische benutzen dürfen.

Jetzt, da die eigene Identitätsfindung mühsam zustande gekommen ist, taucht in den Augen vieler flämischer Intellektueller eine „neue Gefahr“ auf, die als noch größer als die ehemalige Bedrohung durch das französische Establishment empfunden wird. Wird die EU nicht zu einem Superstaat, der die Regionalkulturen und die vielen Sprachen ausmerzen wird? Wird Flandern, stellvertretend für viele andere Regionen, auf der institutionellen Ebene nicht zu einem „Teilstaat“ von einem (belgischen) „Teilstaat“ degradiert? Es sind Fragen, die auch den Niederländer Postma bewegten, auch wenn er von der etwas komfortableren Position eines eigenen Nationalstaates ausgehen kann. Für einen gewissen Teil der flämischen Öffentlichkeit ist dies Grund genug, möglichst viel Kompetenzen für Flandern erreichen zu wollen. Für die Radikaleren besteht die Lösung in der Unabhängigkeit, durch die Flandern als Nationalstaat unmittelbar an den Entscheidungsprozessen in der EU teilnehmen könnte. Für diejenigen, die aus diplomatischen Gründen eine gemäßigte Position einnehmen müssen, kommt es darauf an, Flandern mit möglichst viel Kompetenzen auszustat-

ten, so daß es auf diese Weise Modellwirkung bezüglich der Regionalisierung ausübt und das Europa der Nationalstaaten eines Tages durch das Europa der Regionen als „Variante des bundesstaatlichen Modells“<sup>34</sup> ersetzt werden kann.

Ergänzend zur Situation in Belgien, wo sozio-ökonomische Beweggründe das Autonomiestreben der flämischen Regierung begründen, kommt in Europa die Frage der Kultur und der Identität hinzu. Statt als eine der kleineren Kulturen in die Anonymität zu versinken, will Flandern auf dem internationalen Forum erkennbar sein. Schon um die Jahrhundertwende sprach der bedeutende Kulturphilosoph und Sozialdemokrat August Vermeylen die in Flandern legendär gewordenen Worte: „Vlaming zijn om Europeeër te zijn“. Um nicht der Provinzialisierung anheim zu fallen, hatten die Flamen eine eigene, vor aller Welt erkennbare Identität zu besitzen, meinte Vermeylen, der selbst noch in Wien Kunstgeschichte studiert hatte, zu einer Zeit, als der belgische Staat den Flamen noch lange nicht die Chance bot, ein Universitätsstudium in der eigenen Sprache zu absolvieren. Für Flanderns führende Kreise ist es eine ausgemachte Sache, daß sich mit der zunehmenden Bedeutung des europäischen supranationalen Rahmens, „die Tendenz zu einer bleibenden Erkennbarkeit stärkerer regionaler und lokaler Strukturen [um so deutlicher, Erg. d. V.] abzeichnen“<sup>35</sup> wird. Der Staatsreform Belgiens kommt damit die Bedeutung zu, eine Umsetzung der „kulturellen Identitätsunterschiede“ zu sein<sup>36</sup>.

Steht der flämische „Nationalismus“, der sich sowohl aus einem ökonomischen als einem kulturellen Impetus speist, im Widerspruch zu Europa? Laut einiger Historiker an der frankophonen Universität von Louvain-la-Neuve (Neulöwen in der Provinz *Brabant wallon*) kann darüber kein Zweifel bestehen. In einem Manifest, das sie im September 1996 unter dem Titel „Chosir l'avenir“ veröffentlichten, schreiben sie: „Il est d'abord patent que le nationalisme flamand est, sur de nombreux points de philosophie poli-

---

<sup>34</sup> Möschel, Anm. 5, S. 15

<sup>35</sup> Zu einer Weiterführung der Staatsreform. Ein Arbeitspapier. Genehmigt von der Regierung von Flandern am 29. Februar 1996, Brüssel 1996, S. 6

<sup>36</sup> Ebd., S. 10

tique et de droit, contradictoire avec l'idée européenne.“<sup>37</sup> Zum Beweis führen sie unter anderem den flämischen Widerstand gegen den Gebrauch von nur fünf Arbeitssprachen in der EU an, oder das flämische Dekret, laut welchem die Mehrheit der Aktionäre am wichtigsten Privatfernsehsender niederländischsprachig sein sollte. An ihrer Argumentation fällt auf, daß sie sich in juristisch-technische Fragen verrennen, aber nicht verstehen, daß es bei den Flamen letztlich um die Frage der Identität und des Überlebens einer Kultur geht. Vielleicht hat es damit zu tun, daß diese frankophonen Wissenschaftler als Zugehörige einer der größeren Sprachgemeinschaften Europas vorerst noch nichts zu befürchten haben. Eine andere Erklärung für das, was man leider als die Arroganz vieler Frankophonen betrachten muß, wäre die latente Angst vor der Suprematie des Englischen, die sie dazu treibt, über die kleineren, im Wege stehenden Kulturen loszuziehen.

Laut Ministerpräsident Luc Van den Brande, dem wichtigsten offiziellen Befürworter des flämischen Autonomiebestrebens, paßt die (noch nicht abgeschlossene) Föderalisierung Belgiens in die europäische Integration, weil die Regionen und die „Teilstaaten“ den Raum bilden, in dem sich der Bürger am wohlsten fühle, und weil sich in ihnen die kulturelle Verschiedenartigkeit besser als in den Nationalstaaten verkörpern lasse.<sup>38</sup> Gerade aus dem Spannungsverhältnis zwischen den beiden großen Tendenzen im internationalen Geschehen, Globalisierung und Dezentralisierung, ergibt sich das „Streben nach kultureller Eigenart“ und werden „Plädoyers für politische Subsidiarität und den Erhalt der kulturellen Unterschiedlichkeit [...] immer lauter“, behauptet der Ministerpräsident in einer Broschüre, die eine „zukunftsorientierte Außenpolitik“ zum Thema hat<sup>39</sup>.

Mit Karl-Rudolf Korte kann man sich aber fragen, wieviel Verschiedenartigkeit die demokratisch ausgestaltete europäische Integration verträgt, um

---

<sup>37</sup> Christian Franck/André-Paul Frogner/Bernard Remiche/Vincent Vagman: Choisir l'Avenir. <http://www.synec-doc.be/pol/choisirlavenir/texte.html>, S. 9

<sup>38</sup> Vgl. Luc Van den Brande: Vlaanderen en de Belgische federatie en de toekomst van de Europese integratie, in: Internationale Spectator, januari 1996, S. 10 f.

<sup>39</sup> Luc Van den Brande: + Prioritäten der Außenpolitik 1995-1999, Brüssel, Oktober 1995, S. 8

überhaupt Ansätze eines kollektiven Bewußtseins als Europäer erkennen zu lassen?<sup>40</sup> Nach Auffassung des Münchener Politikwissenschaftlers seien die meisten Bürger „zur Aufgabe von Souveränität für ein größeres Ganzes durchaus weiter bereit [...] jedoch nicht zur Aufgabe ihrer Identität.“<sup>41</sup>

Ein Beispiel für diese Fragestellung ist die heute in Belgien geführte Diskussion um das Kommunalwahlrecht für EU-Bürger, die längere Zeit in einem anderen Mitgliedstaat der Union verbleiben. Auch wenn die Belgier die Maastrichter Verträge, und somit auch den Passus über das Kommunalwahlrecht, ratifiziert haben, waren sie sich damals scheinbar noch nicht im Klaren, welche Rückwirkungen dies auf die Ebene des Nationalstaates haben könnte und in welchem Maße es ungewollt sogar dessen mühselig erreichtes, auf die Frage der Identität der beiden großen Bevölkerungsgruppen basierendes Gleichgewicht bedrohen könnte. Die am 19. Dezember 1994 vom Ministerrat verabschiedete Richtlinie 94/80/EG bezüglich der Ausübung dieses Wahlrechts bedeutet für Belgien wohl etwas ganz anders als für Staaten wie Frankreich, Deutschland oder Italien. Von diesem Recht sollten nämlich die nicht-belgischen EU-Bürger eines Tages Gebrauch machen können, die im Raum Brüssel, dem kulturell und linguistisch meist umstrittenen Gebiet Belgiens, leben. Die Flamen erblicken eine Gefahr darin, daß die meisten der nahezu 150.000 EU-Ausländer aus kulturell-linguistischen Gründen ihre Stimmen den frankophonen und nicht den niederländischsprachigen Listen geben würden, was die Position der flämischen Minderheit in Brüssel schwächen und die Einsprachigkeit in der Brüsseler Peripherie, den flämischen Gemeinden um Brüssel herum, unterlaufen würde. Sie wissen nur allzu gut, daß die meisten ausländischen EU-Bürger, abgesehen von Deutschen, Skandinaviern oder Niederländern, überhaupt kein Niederländisch verstehen, und fürchten darum den Mißbrauch des EU-Kommunalwahlrechts durch die Frankophonen zwecks allmählicher Französisierung der flämischen Gemeinden um Brüssel herum und Verdrängung der Flamen aus der Hauptstadt selbst. Dies würde die

---

<sup>40</sup> Vgl. Karl-Rudolf Korte: Das Dilemma des Nationalstaates in Westeuropa: Zur Identitätsproblematik der europäischen Integration, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B14/1993, S. 21

<sup>41</sup> Ebd., S. 26

flämische Pufferzone zwischen Brüssel und Wallonien zum Einstürzen bringen und den Traum der FDF (Front des Francophones), einer extremistischen frankophonen Sprachenpartei, vom „Wallobrux“, realisieren.

Um der Gefahr vorzubeugen, billigte das flämische Parlament am 25. Juni 1997 eine Resolution von Herman Suykerbuyk, in der das EU-Kommunalwahlrecht an einige Bedingungen geknüpft wurde, wie die, daß für die Wählbarkeit Niederländischkenntnisse notwendig sind und daß das Wahlrecht an eine gewisse, nachzuweisende Aufenthaltsdauer und die Zahlung von Kommunalsteuer (zum Beweis ihrer Integration) geknüpft ist.<sup>42</sup> In einem offenen englischsprachigen Brief an die EU-Bürger verteidigte Professor Matthias Storme als Vorsitzender der „Confederation of Flemish Associations“ dies folgendermaßen: „The Flemish conditions do not reflect an anti-European attitude, nor are they directed against any of you, but are aimed to prevent that your presence is abused by a number of French-speaking ethnic purifiers.“<sup>43</sup>

Als die Kommission „Verfassungsreform“ 1997 einen Vorschlag der FDF billigte, in dem von den durch das flämische Parlament gestellten Voraussetzungen überhaupt keine Rede war, zogen die flämischen Oppositionsparteien ihre Unterstützung für die eine Zweidrittelmehrheit erfordernde Verfassungsänderung zurück.<sup>44</sup> Diese wurde so auf die lange Bank geschoben, bis sich die föderale Regierung aus Christ- und Sozialdemokraten 1998 wegen der drohenden Verurteilung Belgiens durch den Europäischen Gerichtshof wieder an die Arbeit machte, die schließlich am 9. Juli 1998 auch Wirklichkeit wurde. Der christdemokratische Premier Jean-Luc Dehaene (CVP) wollte nichts von „Bedingungen“ wissen, die im Streit um die Umsetzung der EU-Richtlinie beständen, während die flämischen Oppositionsparteien nun endlich, aber vergebens, die im Abkommen von Sankt-

---

<sup>42</sup> Resolutie van het Vlaamse Parlement betreffende het actieve en het passieve kiesrecht van de onderdanen van de Europese Unie bij gemeenteraadsverkiezingen. <http://www.vvb.org/jamaar/mp/htm>

<sup>43</sup> Public letter to the European citizens residing in Flanders. <http://www.vvb.org/jamaar/english.htm>

<sup>44</sup> Da in Belgien bisher nur Belgier Wahlrecht genossen, mußte die Verfassung dementsprechend geändert werden.

Michels vereinbarte Regionalisierung des Gemeindegesetzes verlangten, so daß Flandern selbst über die Modalitäten bezüglich der Einführung des EU-Kommunalwahlrechts entscheiden könnte. Statt dessen suchte der Premier, mit Rücksicht auf eine Zweidrittelmehrheit, Annäherung zur FDF und zur PRL, den frankophonen Liberalen, die als Gegenleistung sogar die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf Nicht-EU-Bürger und ein erleichtertes Naturalisationsverfahren bedingten, was die Position der Flamen in Brüssel auf Dauer bedeutungslos machen würde.

Als Brigitte Grouwels, CVP-Ministerin für Brüssel, im Juli 1998 die Verknüpfung der Einführung des EU-Kommunalwahlrechts mit einer Garantie für die Einbeziehung der Flamen in den Brüsseler politischen Institutionen verlangte, wurde sie von ihrer eigenen Partei, die auch den Premier stellt, zurückgepiffen. Marc Van Peel, der Vorsitzende der CVP, meinte, daß an einer Lösung für das Problem der Brüsseler Flamen erst nach der Einführung des EU-Kommunalwahlrechts gearbeitet werden könne. Indem Grouwels so kurz vor der Sommerpause dem Premier die Suppe versalzte, wurde die Behandlung des schwierigen Themas wieder aufgeschoben. Grouwels hatte diesen Vorschlag aus dem Wissen heraus unterbreitet, daß das belgische institutionelle Gleichgewicht auf eine Verknüpfung des Schutzes der Frankophonen (auf föderaler Ebene) mit dem der Flamen in Brüssel beruht.<sup>45</sup>

Die Verbitterung in flämischen Kreisen ist groß<sup>46</sup>. Man braucht nur an den von Matthias Storme verfassten offenen Brief zurückzudenken, in dem er den Spieß umdrehte und den frankophonen Politikern, die sich gerne als Verteidiger der Demokratie gebärden, „cultural imperialism“ vorwarft. Der Flame Guido Naets, der 15 Jahre lang Presseschef des Europäischen Parlaments war und daher nicht einer anti-europäischen Attitüde bezichtigt

---

<sup>45</sup> Vgl. Interview in De Standaard, 30. Januar 1998

<sup>46</sup> Die Hoffnungslosigkeit der flämischen Einwohner der Peripherie überträgt der Journalist Marc Platel in einem aus ironischen Gründen französisch überschriebenen Beitrag : „Lettre à ma Flandre mal aimée“ in De Standaard vom 18. Juli 1998. Er spricht darin die Französisierung und Europäisierung der Peripherie an, die auch die Mietpreise und Bodenpreise steigen lassen wird. Die EU wird hier indirekt mit Immobilienspekulanten in Verbindung gebracht.

werden kann, befürchtet, das EU-Kommunalwahlrecht könnte zu „Europa-feindlichkeit“ führen.<sup>47</sup> Dies könne allerdings der Fall sein, wenn es als eine Waffe mißbraucht würde, um eine kleinere Sprache zu zertrampeln, wobei Europa, wie ungerecht auch, die Schuld treffen würde. Naets sieht am Horizont schon „das Ende von Belgien als dreigliedrige Föderation“<sup>48</sup>. Die Tatsache, daß die flämische Anwesenheit in Brüssel nicht mehr berücksichtigt wird, schleife eine der Stützen des belgischen Staatsmodells. Der flämische Ministerpräsident Luc Van den Brande äußerte sich gegenüber *De Standaard* vom 18. Juli 1998 noch pessimistischer: „Keine Flamen in Brüssel bedeutet kein Belgien.“

Das hier behandelte Problem beschränkt sich nicht auf Belgien. Analoges könnte sich in anderen Teilen Europas wiederholen, zum Beispiel auf den Balearen, wo sich Bürger aus einem anderen EU-Staat niedergelassen haben, was sogar schon ohne die Einführung eines EU-Kommunalwahlrechts eine Bedrohung für die örtliche Kultur darstellt, oder aber in bestimmten Vierteln in Berlin, sollte die dort ansässige türkische Mehrheit eines Tages wählen können. Was in Belgien vor sich geht, ist somit die Probe aufs Exempel dafür, wie Europa mit der Vielfalt seiner Kulturen umzugehen gedenkt. Die Haltung der Flamen illustriert die Aussage von Karl-Rudolf Korte, daß das Unbehagen gegenüber mehr Integration umso größer werde, je mehr Vielfalt in Europa eingegeben werde.<sup>49</sup> Man braucht sich nicht zu wundern - auch wenn man nicht einverstanden ist -, daß sich die mehr extremistischen Kräfte unter den flämischen Nationalisten gegen „Brüssel als Hauptstadt Europas“ aussprechen. Man sollte jedoch keine Angst davor haben, daß sich der „mainstream“ der flämischen Öffentlichkeit aus Europa zurückziehen würde. Wahr bleibt, daß Flandern daran festhält, was der demokratische flämische Nationalist Paul Van Grembergen während einer Debatte im Flämischen Parlament die „doppelte Strategie“ nannte - ein Balance-Akt eigentlich, „um Flandern zu gleicher Zeit zu einer europäi-

---

<sup>47</sup> Naets hat seinen Beitrag in *De Standaard* vom 15. Juli 1998 veröffentlicht unter dem dramatischen Titel: „België kraakt onder EU-stemrecht“. („kraken“ heißt „knarren“)

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Vgl. Korte, s. Anm. 40, S. 27

schen Berufung zu verhelfen und doch den flämischen Charakter [der Peripherie, Erg. d. V.] zu behalten.“<sup>50</sup> Die meisten Flamen begreifen nur allzu gut, daß „Euro-Brüssel“ für ihre Region das Tor zur Welt ist<sup>51</sup>.

Was für die Frankophonen einen Widerspruch zum Geist der europäischen Integration darstellt - „les restrictions mises à l'exercice du droit de vote aux élections locales de résidents européens non nationaux“<sup>52</sup> -, ist für die Flamen ein Mittel, um das Recht des Stärkeren zu bändigen, das zum Auslösen ihrer Identität in einem Kerngebiet der flämischen Kultur führen würde. Der Sprachenstreit, den die Flamen im belgischen Rahmen dank eines vernünftig ausgeklügelten Systems für so gut wie überwunden hielten, kehrt durch die europäische Hintertür ins Land zurück.

Die Unterschiedlichkeit in den Auffassungen zwischen Flamen und Frankophonen ist nicht nur terminologischer Art - was Erstere „Bedingungen“ nennen, sind für Letztere „restrictions“ (Einschränkungen) -, sondern hat auch mit einem andersgearteten Demokratieverständnis im kulturell-linguistischen Bereich zu tun. Die bereits zitierte Politologin Ruth Van Dyck unterscheidet zwischen einem „liberalen“ und einem „messianistischen“ Demokratietyp, oder auch zwischen „liberaler“ und „regulierter Demokratie“<sup>53</sup>. Beide Typen nähern sich dem Ideal der Freiheit auf eine andere Weise: für den „liberalen“ darf an der schon vorhandenen Freiheit des Bürgers nicht gerüttelt werden, während für den „regulierten“ die Freiheit gerade realisiert werden muß, wozu eventuell politische Handlungen vonnöten sind, die die absolute Freiheit einschränken könnten. Diese unterschiedlichen Typen prallen im Sprachenstreit im Raum Brüssel aufeinander. Die Frankophonen, die am ersten Typ hängen, meinen, ein Bürger sollte das Recht haben, im Umgang mit den Behörden seine Sprache ver-

---

<sup>50</sup> Beknopt Verslag Nr. 32 - S. 8, 17. März 1998

<sup>51</sup> Chris Taes, der Bürgermeister einer solchen „bedrohten“ flämischen Gemeinde, plädiert in De Standaard vom 27. Juli 1998 für eine „offensive Aufnahmestrategie“ gegenüber den EU-Bürgern. Das positive Imago und die Gastfreundlichkeit Flanderns sollten ihnen besser vermittelt werden.

<sup>52</sup> Christian Frank u.a., s. Anm. 37, S. 9

<sup>53</sup> Ruth Van Dyck, Anm. 7, S. 437

wenden zu können, egal wo er sich befindet. Natürlich steht es ihnen zu, im Privatbereich Französisch zu sprechen, auch in einer linguistisch homogenen Umgebung wie Antwerpen, wo es eine geringe frankophone Minderheit gibt, die aber den niederländischsprachigen Charakter der Stadt respektiert<sup>54</sup>.

Die frankophonen Politiker haben es jedoch vor allem auf diese flämischen Gemeinden um Brüssel herum abgesehen, in der sogenannten Peripherie, in denen die Tatsache, daß sich die Französischsprachigen für eine beschränkte Anzahl von administrativen Handlungen des Französischen bedienen dürfen, indem sie „faciliteiten“ (Vergünstigungen) genießen, als „undemokratisch“ interpretiert wird, da sie angeblich im Widerspruch zu einem freien Gebrauch der Sprachen stehe. Die flämischen Politiker und ein großer Teil der flämischen Öffentlichkeit sind dagegen aufgrund der historischen Erfahrung, daß der freie Gebrauch der Sprachen zur Französisierung der Stadt Brüssel geführt hat, anderer Meinung. Sie befürchten, daß sich ein ähnlicher Prozeß in der Peripherie vollziehen könnte, wenn keine Maßnahmen getroffen würden, sozusagen von der Warte dieser „regulierenden Demokratie“ aus, um das Niederländische zu beschützen, das im freien Wettbewerb und gegen den Hintergrund des „right of the strongest“ dem Französischen unterliegen würde. Darum wehren sie sich auch gegen jegliche Ideen oder Träume der frankophonen Politiker, Brüssel auf die Peripherie, sein „natürliches“ Hinterland, auszudehnen, wie sich jüngst in einem Vorschlag des frankophonen Christdemokraten Dominique Harmel äußerte.<sup>55</sup>

Diese Problematik zeigt, daß die Frankophonen mit dem Territorialitätsprinzip des belgischen Modells nicht zufrieden sein können, und vergessen, daß die flämisch-frankophone Parität in Brüssel derjenigen auf der

---

<sup>54</sup> Etwa 5 % der Antwerpener sprechen zu Hause Französisch. Niemand hindert sie daran, ihre Kinder zweisprachig zu erziehen. Bis vor kurzem bestand in Antwerpen für sie auch eine eigene frankophone Zeitung. In bestimmten Geschäften zum Beispiel können diese frankophonen Flamen auch französischsprachige Prospekte oder Annoncenblätter bekommen.

<sup>55</sup> Vgl. Dominique Harmel: Samen de rol van Brussel bekijken, in: De Standaard, 13. Juli 1998

föderaler Ebene entspricht. Wird Erstere in Frage gestellt, kommt auch Letztere eines Tages ins Wanken. Als Ausweg aus dem Dilemma haben flämische sozialdemokratische Minister schon den Gedanken eines Brüssel als „EU-Distrikt“ vorgelegt. Egal, ob dieser Gedanke realitätsfern ist oder nicht, würde dies auf den Widerstand der Frankophonen stoßen. Nichts würde die Flamen dann noch daran hindern, die Unabhängigkeit Flanderns zu deklamieren, wo sie im Moment noch immer Angst davor haben, Brüssel zu „verlieren“.

Wichtiger noch als der innerbelgische Streit ist die Analogiewirkung, die von diesen beiden konkurrierenden „Demokratietypen“ auf die Sprachenfrage in der EU ausgehen könnte. Es ist kein Zweifel, daß sich das Englische als die Weltsprache überhaupt auch in der EU langfristig durchsetzen wird und in diesem Sinn von den anderen großen Sprachen als Bedrohung empfunden werden könnte. Aber wo das Niederländische in Belgien in bestimmten Gebieten einfach ausgewischt zu werden droht, braucht dies im Verhältnis zwischen dem Englischen und den anderen Sprachen nicht der Fall zu sein. Englisch würde wahrscheinlich als eine Art Dachsprache in den Bereichen fungieren, die internationale Kommunikation voraussetzen, während die anderen Sprachen in den intrastaatlichen Beziehungen, die Bürger einer bestimmten Region oder eines bestimmten Staates miteinander unterhalten, immer noch eine Restfunktion erfüllen würden. Anders als in Belgien wäre in der EU nicht von einer territorialen Verdrängung oder „Säuberung“ die Rede, sondern von einer funktionellen Überlagerung.

Nichtsdestoweniger merkt man, daß bestimmte Kreise, auch in den größeren Sprachgebieten, auf regulierende Maßnahmen zurückgreifen, wie zum Beispiel die Franzosen, die der Dominanz des Englischen im Internet die Entwicklung einer französischen Fachsprache entgegenzusetzen versuchen, oder daß sie einen gewissen „Stolz“ wiederentdecken, wie zum Beispiel ein Regierungssprecher in einem wichtigen Mitgliedstaat der EU, der sich weigerte, einem englischsprachigen Journalisten, auf Englisch Rede und Antwort zu stehen. Dies alles sind Symptome, die dem verzweifelten Ringen der Flamen um ihre Sprache in nichts nachzustehen brauchen. Auch die frankophonen belgischen Politiker schrecken plötzlich vor den Konsequenzen des „liberalen Demokratietyps“ zurück, wenn sie sich der Lage in

Voeren, einer flämischen Gemeinde mit „faciliteiten“ nahe der deutsch-niederländischen Grenze unweit von Lüttich, vergegenwärtigen. Obwohl die frankophonen Listen in dieser Gemeinde eine leichte Mehrheit haben, könnte die Einführung des EU-Kommunalwahlrechts zu einer Verschiebung in den Kräfteverhältnissen führen, weil sich dort viele niederländische Staatsbürger niedergelassen haben. Hier stellt man fest, daß sich Flamen und Frankophonen einen anderen Demokratietyp zu Eigen gemacht haben als den, den sie in Brüssel verteidigen<sup>56</sup>. Das tiefer liegende Problem ist aber, daß Parteien in Belgien nach dem linguistischen Kriterium aufgespalten sind, genauso wie es auf EU-Ebene nach dem Nationalitätskriterium geschieht. Eine Lösung dürfte sowohl auf belgischer als auf europäischer Ebene darin liegen, daß Parteien nach dem alle Barrieren der Sprache und Nationalität überwindenden Prinzip aufgebaut würden. Natürlich ist man gerade in Belgien von diesem Prinzip weggekommen, und übt das Land in dem Sinne keine Modellwirkung aus.

Zusammenfassend muß man bezüglich dieser Problematik feststellen, daß eine kleinere Sprachgemeinschaft manchmal auf Maßnahmen zurückgreift, die „borniert“ erscheinen. Oft hat sie keine andere Wahl, wie das Beispiel von Québec belegt, der frankophonen Sprachinsel in einem anglophonen Ozean, in der die Obrigkeit sogar eine Art Sprachenpolizei eingestellt hat, zum Beispiel um nicht-französische Beschriftungen zu ahnden. Aber auch dort, wo sich eine Sprachgemeinschaft auf den ersten Blick keine Sorgen um ihr Überleben zu machen braucht, taucht dieses Phänomen des „Widerstand[es, Erg. d. V.] gegen kulturelle Internationalisierung“<sup>57</sup> auf, wie das französische Gesetz gegen das „franglais“, den Gebrauch englischer Wörter im Französischen, nahelegt. Im Falle Flanderns geht es aber nicht darum, Dekrete zu erlassen oder Maßnahmen zu ergreifen, um die linguistische Situation noch komplizierter, oder Anderssprachigen das Leben unangenehm zu machen, sondern wird man von einer weiterreichenden Vision geleitet, die auf den Schutz der eigenen kulturellen Identität in einem kulturell heterogenen Europa abzielt. Nicht zufällig lautet eines der vier Ziele

---

<sup>56</sup> Vgl. Ruth Van Dyck, Anm. 7, S. 444

<sup>57</sup> Korte, Anm. 40, S. 26

der flämischen Außenpolitik: „Flandern will nach wie vor der Motor eines Europas sein, in dem die kulturelle Unterschiedlichkeit vollkommen anerkannt und gewürdigt wird“<sup>58</sup>.

#### 4.4 *Flandern und das Europa der Regionen*

Die flämische Position ist auch die eines Nachdenkens über die geeignete Konstruktion für Europa aufgrund der eigenen Erfahrungen in einem Staat, der wegen seiner institutionalisierten Mehrsprachigkeit und der sozio-ökonomischen Unterschiede zwischen Nord und Süd für seine Einwohner schon so etwas wie eine „Europäische Union“ im Kleinen ist. Mit der Tatsache, daß der belgische Staat aufgrund der internen Auseinanderentwicklung seiner Bestandteile dabei ist zu „verwässern“, korrespondiert der international feststellbare Trend der „Unzeitgemäßheit des traditionellen Nationalstaates“, der für die Lösung der Probleme zu eng wird und andererseits zu weit vom Bürger steht.<sup>59</sup> Was sich auf dem alten Kontinent noch auf eine Kompetenzabgabe nach oben (zur EU hin) und nach unten (zu den Regionen) beschränkt, nimmt im weltweiten Bereich dramatischere Formen an, wo „nichtstaatliche Akteure“ wie multinationale Konzerne, Finanzspekulantinnen oder Basisinitiativen dem Nationalstaat die Kompetenzen abringen.<sup>60</sup> Gerade dies sollte für Europa ein Ansporn zu mehr Integration sein, ohne daß zur gleichen Zeit der Bürger - auch mit seinen regionalen Bindungen - vergessen wird.

Die Frage dabei ist, ob die EU selbst ein Bundesstaat wird, wobei die heutigen Mitgliedstaaten so etwas wie die Länder der Bundesrepublik wären oder diese vielleicht durch ihre regionalen Bestandteile ersetzt würden. Nach Ansicht von Heinz Laufer und Thomas Fischer sind die Chancen für einen solchen europäischen Nationalstaat, zum Beispiel nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten, wegen der nationalen Heterogenität innerhalb der

---

<sup>58</sup> Luc Van den Brande, Außenpolitik, Anm. 39, S. 13

<sup>59</sup> Vgl. Korte, Anm. 40, S. 25

<sup>60</sup> Constanze Stelzenmüller: Liebenswürdige Provokateurin. Die Chefin des Carnegie Endowment hält den Nationalstaat für ein Auslaufmodell. Aber sie sagt es nett. (über Jessica Matthews), in: Die Zeit, 10. Juni 1998, S. 6

EU als gering einzustufen<sup>61</sup>. Ein Beispiel dafür liefert Belgien, dem es nicht mehr gelingt, gerade wegen der paritätischen Anerkennung seiner kulturellen Bipolarität, ein belgisches Nationalgefühl heraufzubeschwören. Hätte es dies aber nicht getan, so wäre es schon längst zu seinem Ende gekommen. Andererseits ist dies auch ein Zeichen dafür, daß der Nationalstaat nicht mehr „der alleinige *Focus* des politischen und erst recht des kulturellen Denkens ist“<sup>62</sup>.

Für die flämische Regierung sind Regionen und Kulturen „die ersten Bausteine“ Europas<sup>63</sup>. Die Frage, wie es um die Kompetenzabgrenzung zwischen Region, Nationalstaat und EU stehe, sei nach dem Subsidiaritätsprinzip zu beantworten. Die lateinische Wurzel „subsidiuum“, die auf die Hilfestellung gegenüber kleineren Einheiten verweist, „um diese lebensfähig zu erhalten und in ihren Möglichkeiten zu stärken“, so der Bonner Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt<sup>64</sup>, entspricht genau den Wunschvorstellungen der Flamen nach mehr Eigenverantwortung, die so auch stellvertretend für andere kleinere Regionen sein könnte. Hierbei schwingt auch der Wunsch nach fiskalischer Autonomie mit. Genauso wie in Europa „die Versorgung der dezentralen Ebenen mit hinreichenden Finanzmitteln“ ein zentrales Problem sei und „fehlende autonome Gestaltungsspielräume“ bei den Regionen ausgemacht werden könnten<sup>65</sup>, sehen flämische Kreise darin eine Bremse, daß die föderale Obrigkeit den Großteil der Steuern einnimmt, um sie nachher in der Form von „dotaties“ über die Regionen und Gemeinschaften zu verteilen.

Gegenüber den Vorteilen, die man sich von diesem Europa der Regionen verspricht, läßt sich aber kritisch aufrechnen, daß die erhoffte Bürgernähe

---

<sup>61</sup> Vgl. Heinz Laufer/Thomas Fischer, *Föderalismus als Strukturprinzip für die Europäische Union. Strategien für Europa*, Gütersloh 1996, S. 71

<sup>62</sup> Koecke, Anm. 2, S. 34

<sup>63</sup> Luc Van den Brande: *Vlaanderen en de belgische federatie*, Anm. 38, S. 11

<sup>64</sup> Ludger Kühnhardt: *Föderalismus und Subsidiarität. Betrachtungen zu einer deutschen und europäischen Frage*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B45/1991, S. 41

<sup>65</sup> Vgl. Udo Bullmann/Dieter Eissel: „Europa der Regionen“. *Entwicklung und Perspektiven*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B20-21/1993, S. 13

nicht immer eine qualitative Verstärkung der Demokratie mit sich bringt. Der Politologe Hendrik Vos greift den Gedanken von Robert Dahl auf, nach dem die Partizipation des Bürgers auf einer niedrigeren Ebene „trivial“ zu werden drohe, da kleinere Gruppen nicht die Macht hätten, wichtige Entscheidungen zu treffen<sup>66</sup>. In einem Europa der Regionen würde sich die wirkliche Macht auf die obere Ebene verlagern. Die angestrebte wirtschaftliche Effizienz könnte sich zu einer Verringerung der Solidarität gesellen. Was würde Flandern noch dazu bringen, solidarischer mit Wallonien zu sein als zum Beispiel mit dem französischen Département *Nord-Pas-de-Calais*, von dem es sich größere wirtschaftliche Vorteile versprechen könnte? Ein anderer Nachteil wäre eine Zersplitterung Europas, solange nicht geklärt ist, was man sich unter „Region“ vorstellen soll. Ein deutsches Bundesland oder eine belgische Region haben nicht denselben Stellenwert wie ein Département in Frankreich oder eine Grafschaft in Irland, und sogar zwischen den wenigen föderalen Staaten, die es in der EU gibt, sind Unterschiede bemerkbar im Grad der Autonomie, den sie ihren Bestandteilen gewähren. Erhellend ist dabei die Bemerkung von Luc Van den Brande, wenn er auf die Vorteile von Deutschlands föderaler Staatsstruktur anspielt, „obwohl die internationalen Befugnisse der Bundesländer nicht so umfassend wie die Flanderns sind.“<sup>67</sup> Das Europa der Regionen könnte, „if taken to the extreme, lead to disruption and a radical step backward“<sup>68</sup>.

Stefan von Senger und Etterlin befürchtet, daß wegen der schwachen föderalen Tradition in den europäischen Staaten „mit einem Ersatz der Nationalstaaten durch Regionalverbände alsbald ein starkes Zentrum (Brüssel) relativ schwachen Regionen gegenüberstehen wird“<sup>69</sup>. Dabei verweist er auf eine mögliche „Verzettelung“ des deutschen Einflusses durch die Län-

---

<sup>66</sup> Hendrik Vos: De EU-Regio's na Amsterdam. Het verlanglijstje van het Comité van de Regio's, in: Internationale Spectator, September 1997, S. 485

<sup>67</sup> Luc Van den Brande, Außenpolitik, Anm. 39, S. 17

<sup>68</sup> Andrea Manzella: The EU's Constitutional Identity after Amsterdam, in: The International Spectator, January-March 1998, S. 40

<sup>69</sup> Stefan von Senger und Etterlin: Das Europa der Eurokraten. Zentralismus, Partikularismus und die Rolle des Nationalstaates“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B42/1992, S. 25

der. Während die Regionen den Eindruck hätten, über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden, würden die „wichtigsten Entscheidungen über das Leben der Bürger im fernen und fremden Brüssel getroffen werden.“<sup>70</sup> Für die flämische Regierung leistet das Subsidiaritätsprinzip, das an der Basis dieses Europas der Regionen liegt, gerade Widerstand gegen „undemokratische Maßstabsvergrößerung und Bürokratisierung“<sup>71</sup>, also gegen das, was unter dem „fremden Brüssel“ verstanden wird. Sie spricht hier aus der Erfahrung heraus, daß die Vertretung der beiden belgischen Regionen in der EU durch das nationalstaatliche Niveau Belgien die Entfernung zwischen ihnen und Europa vergrößert.

Ein Europa der Regionen nach dem Modell, das den Deutschen oder den Flamen vorschwebt, müßte flächendeckend sein, um überhaupt demokratisch sein zu können. Die Befürworter eines Europas der Regionen nehmen aber ihre Wünsche manchmal zu schnell für Wirklichkeit. So erhofft sich der flämische Ministerpräsident einen stufenweisen Aufbau Europas, ausgehend von der Region über den Nationalstaat bis zur Ebene der Europäischen Union. Übersehen sollte man nicht, daß es noch ein langer Weg bis dorthin sein wird, da föderale Strukturen „keine verwurzelte Tradition“ in Europa haben und die Regionen vielleicht auch keine Chance haben dürften, „sich gegenüber den auf Zentralisierung drängenden Kräften zu behaupten“<sup>72</sup>. Die Frage, ob es ein Europa der Nationalstaaten bleibt oder ein Europa der Regionen wird, läßt sich darum nicht eindeutig zugunsten des Letzteren beantworten. Deutschland und sicher Frankreich werden nicht bereit sein, den Platz für die Regionen zu räumen. Klaus Hänsch, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, hat dies nochmals während eines Vortrages vor dem französischen Senat im März 1998 bestätigt: „En France, aucun homme politique ne croit que l'Union européenne puisse marquer la fin de l'Etat national dans l'histoire de l'Europe. En Allemagne personne non plus le croit. La France et l'Allemagne sont deux peuples,

---

<sup>70</sup> Ebd., S. 24

<sup>71</sup> Luc Van den Brande e.a., Vlaanderen-Europa 2002. Een project van de Vlaamse Regering, Brussel 1993, S. 25

<sup>72</sup> Möschel, Anm. 5, S. 15

deux nations, deux états et le resteront.“<sup>73</sup> Der Kieler Historiker Michael Salewski meint, daß sich die größten gemeinsamen Nenner, die den Nationalstaat stiften, Sprache, Geschichte und Kultur, , niemals durch „kleinkarierten Regionalismus“ ersetzen lassen<sup>74</sup>. Das Beispiel von Preußen und Bayern im Zeitalter Bismarcks beweise, daß deren Regionalismus sich nicht an die Stelle des übergreifenden Nationalstaates setzen konnte. Warum auch sollten sich homogene Staaten wie Frankreich und Deutschland selbst durch eine interne regionale Aufteilung schwächen?

Der Regionalisierungsdrang geht meistens von denjenigen Regionen aus, die sich nicht direkt vom nationalstaatlichen Niveau in der EU vertreten fühlen. Wenn die genannten Merkmale Sprache und Kultur tatsächlich das Wesen des Nationalstaates hergeben, dann kann man sich sogar fragen, ob das, was in Belgien vorgeht, nicht ein Hinweis darauf ist, daß Flandern eher dabei ist, in eventueller Erwartung eines Europas der Regionen einen eigen Nationalstaat zu begründen. Eine ähnliche Bewegung vollzieht sich in Spanien, wo man *Katalonien* nachsagt, es verwandle sich von einer spanischen Region in eine Nation Spaniens „in dem Bestreben, eine allmähliche Anerkennung dieser Wirklichkeit durch die übrigen Nationen zu erreichen.“<sup>75</sup> Genauso wie Belgien dabei ist, sich in einen binationalen Staat zu verwandeln, vollzieht sich in Spanien der Übergang von einem Nationalstaat zu einem multinationalen Staat. Die Frage, die man sich hierbei stellen kann, lautet aber, ob der Begriff „Region“ in dieser Hinsicht für die Verteidiger eines Europas der Regionen nicht etwas mehr bedeutet. Die flämischen Nationalisten, ob vom Vlaams Blok oder von der zum demokratischen Establishment gehörenden „Volksunie“, machen sogar kein Hehl daraus, daß sie ein unabhängiges Flandern als Mitgliedstaat der EU, ohne ein belgisches Zwischenniveau, wollen. Die Identifikation mit der eigenen Region, oder mit dem eigenen „Teilstaat“, wirkt viel stärker als die mit der

---

<sup>73</sup> Klaus Hänsch: L'Allemagne et la France. Deux concepts pour une Europe, in: Documents. Revue des questions allemandes, 2/98, S. 32

<sup>74</sup> Michael Salewski: Europa der Nationalstaaten. Realistische Alternative oder Wunschdenken?, in: Internationale Politik, Nr. 11/1997, S. 10

<sup>75</sup> Santiago Petschen: Kataloniens internationale Politik: Zum auswärtigen Handeln einer spanischen Comunidad Autonoma, in: WeltTrends Nr. 11/1996, S. 71

übergeordneten „belgischen Union“, genauso wie ein Deutscher, ob Bayer oder Niedersachsen, sich eher mit der Bundesrepublik Deutschland als mit der vielsprachigen EU identifiziert. In beiden Fällen schwingt hier das gleiche „Gefühl“ mit, auch wenn die Flamen schon durch das Zusammenleben mit den Wallonen einer gewissen „Belgitude“ ausgesetzt gewesen sind, genauso wie sich, auf höherer Ebene, ein europäisches Gefühl unter den Bürgern der Mitgliedstaaten der EU breitzumachen beginnt. Der Fall Flandern scheint Ralf Dahrendorf recht zu geben, wenn er schreibt, die größte Gefahr drohe dem Nationalstaat von der Nation<sup>76</sup>, denn die Homogenisierung, die hinter diesem Konzept steckt, läßt sich in Bezug auf einen multiethnischen Staat nur durch Teilung bewerkstelligen. Flandern, das hat auch der belgische frankophone Politiker Louis Michel (PRL) während einer von der frankophonen Fernsehanstalt RTBF gesendeten Debatte im März 1998 gesagt, ist auf dem Weg, eine Nation zu werden. Sollte seine These sich bewahrheiten, würde dies ein anderes Licht auf das Plädoyer der flämischen Regierung für das Europa der Regionen werfen.

Auch dann, wenn sich der Trend durchsetzen ließe, wobei das nationalstaatliche Niveau Kompetenzen nicht nur nach oben an Europa, sondern auch nach unten an die Regionen abgeben muß, wird sich die Frage nach der zukünftigen Gestalt gerade dieser Regionen stellen, die in ihrer jetzigen Form die historischen Produkte des ehemaligen Einheitsstaates Belgien sind. Bezüglich Flandern und Wallonien fragt man sich mehr und mehr, ob sie sich aufgrund von Rationalisierung und Effizienz an den größeren „Sprachbruder“ im Norden beziehungsweise im Süden anschließen werden, während einige Brüssel entweder um die Peripherie, sein „Hinterland“, vergrößern, oder zu einem europäischen „Washington D.C.“ machen möchten. Mit Hinsicht auf Flandern glaubt der flämische Kulturphilosoph Raoul Bauer, daß Europa dessen Gestalt tiefgreifend ändern wird, da sich die kulturelle Diversität entlang anderer Grenzen als der heutigen entfalten werde, nämlich entlang derjenigen der historischen Regionen<sup>77</sup>, wobei die

---

<sup>76</sup> Vgl. Ralf Dahrendorf: Die Zukunft des Nationalstaates, in: Merkur, Heft 546/547, September/Oktober 1994, S. 760

<sup>77</sup> Vgl. Raoul Bauer: Europa zal ook „Vlaanderen“ aantasten, De Standaard, 5. April 1998

zehn Provinzen, aus denen Belgien noch besteht, unterhalb des Niveaus der Regionen/Gemeinschaften eine gewisse Rolle spielen werden.

Konkret hieße dies, daß zum Beispiel die Provinz *Westflandern* ihre Zusammenarbeit mit dem französischen Département *Nord-Pas-de-Calais* vertiefen würde. Das Gebiet um die nordfranzösische Stadt Lille gehörte bis zu seiner Annektierung durch den französischen König im 17. Jahrhundert zur Grafschaft Flandern, und auch heute noch bezeichnen sich viele seiner Einwohner auf der Suche nach ihrer Identität als „Flamen“. Was für Belgien als ein einzig großes „Grenzgebiet“ zutrifft, könnte auch für andere Grenzregionen in Europa gelten. Man denke nur an eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen *Elsaß-Lothringen* und *Baden-Württemberg*, an das sächsisch-tschechische Grenzgebiet, an das deutsch-dänische Verhältnis in *Schleswig-Holstein*.

Der Vorteil von Bauers Analyse besteht darin, daß sie jeglichen Nationalismus, der sich mit der Neuentdeckung der Region verbinden könnte, relativiert. Sein Verständnis von der Region als etwas, das nicht nur nationale, sondern auch linguistische Grenzen überwindet, liefert einen ersten Ansatz für ein wahres „Europa der Regionen“. Es deckt sich mit der Auffassung von Franz H. U. Borkenhagen, daß Regionalisierung nicht mit „Verengung der Politik auf Grafschafts-, Distrikts-, Provinz- oder Ländergrenzen“ gleichgesetzt werden dürfe.<sup>78</sup> Regionen in diesem Sinne würden dann auch bedeuten: „Gemeinschaften mit ähnlichen Strukturen, die über die bisherigen Grenzen *und* über die Grenzen der jetzigen Mitgliedstaaten hinaus zusammenwachsen.“<sup>79</sup> Zurückgreifend auf das Subsidiaritätsprinzip bedeutete dies, daß die regionalen Aktivitäten „ergänzenden Charakter“<sup>80</sup> hätten, so wie es die Lösung von Aufgaben auf der jeweils geeignetsten Ebene verlange. Zu Recht sagt Ludger Kühnhardt, der föderale Gedanke im Sinne

---

<sup>78</sup> Franz H. U. Borkenhagen: Vom kooperativen Föderalismus zum „Europa der Regionen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 42/1992, S. 42

<sup>79</sup> Ebd., S. 43

<sup>80</sup> Ebd., S. 42

seiner Deutung im Lichte des Subsidiaritätsprinzips weise in „eine vorausschauende und der Vielfalt der Europäer entsprechende Perspektive.“<sup>81</sup>

Das einzige, was ein Hindernis bei der Kommunikation aufwerfen könnte, hängt mit dieser kulturellen Vielfalt zusammen, nämlich das Sprachenproblem, das zum Beispiel bei der am 1. Januar 1995 im Zuge der Föderalisierung erfolgten Aufteilung der belgischen Provinz Brabant in eine flämische und eine wallonische Provinz deutlich wurde. Dies war zwar die logische Folge eines auf Pazifizierung angelegten Prozesses, aber zur gleichen Zeit auch Ausdruck eines weiteren „nation-building“ auf Seiten von Flandern und Wallonien, den eventuell später, von einer anderen Ausgangsposition her, eine vertiefte regionale Zusammenarbeit folgen könnte. Ein Gegenbeispiel liefert die Euregio Rhein-Maas, die Teile von Flandern, Wallonien, Deutschland und den Niederlanden umfaßt. Über sie schreibt Philippe Raxhon von der Universität Lüttich: „L'Euregio se construit dans un tout autre ordre d'idée, puisqu'elle se développe sans attaques frontales contre les Etats-Nationaux au rythme de la construction européenne, et que l'existence en son sein de trois langues est perçue comme une richesse.“<sup>82</sup>

## **5. Bilanz: Belgien ist nicht Bosnien**

Diejenigen, die für eine erweiterte Regionalisierung plädieren, tun dies aus dem Standpunkt heraus, daß Europa mehr bürgernah und die Identität seiner Völker besser geschützt sein sollte. Viele flämische Regionalisten glauben, daß Demokratie, kulturelle Homogenität und Regionalismus zusammengehören. Es dürfte zwar stimmen, daß eine kleinere Gemeinschaft übersichtlicher ist, aber es kann den Leuten auch die Augen verschließen vor Problemen, die die regionale Ebene überspringen. Jeder Flame kann sich vorstellen, mit welchen Problemen die mehrere tausend Arbeiter des im März 1997 geschlossenen Renault-Werkes in Vilvoorde, in der Provinz *Vlaams-Brabant*, unweit von Brüssel, zu kämpfen hatten. Wieviele Flamen

---

<sup>81</sup> Kühnhardt, s. Anm. 64, S. 43

<sup>82</sup> Philippe Raxhon: Que faire de la mémoire des frontières?, In: Temps Européens, Printemps 1997, S. 94 f.

jedoch hegen noch ein ähnliches Gefühl gegenüber den Problemen der Stahlarbeiter von Forges-de-Clabecques, dreißig Kilometer von Vilvoorde entfernt, aber in der Provinz *Brabant wallon*? Sobald Grenzen gezogen werden, seien sie politischer oder kultureller Art, wird grenzüberschreitende Solidarität zu einem Abstraktum. Zur selben Zeit führt Globalisierung zu Fusionen von Großunternehmen und Banken, wobei das Sprachenproblem keine Rolle spielt.

Wenn sogar flämische Nationalisten bemerken, daß die Reibungen zwischen Flamen und Wallonen im europäischen Maßstab „um das Zehnfache vergrößert“ sein werden, wäre es vielleicht ein schlechtes Signal für Europa, wenn Belgien auseinanderbrechen würde. Mit Ausnahme für die Ethnonationalisten, für die Nation und Staat zusammenfallen müssen, könnten die Probleme in Belgien gelöst werden, wenn die zwei großen Sprachgemeinschaften lernen würden, die jeweils andere Sprache vom Anfang an zu lernen und zu respektieren, mehr als es jetzt der Fall ist, und wenn die zwei wichtigsten Regionen für ihre ökonomische Politik verantwortlich gemacht würden.

Ob Europa von Belgien lernen kann, ist eine Frage, die sich nicht ohne Doppeldeutigkeit beantworten läßt. Positiv zu Buche steht erstens die bisher friedlich verlaufene Bewältigung des Sprachenstreits und die stufenweise Umsetzung des Föderalisierungsprozesses. Zweitens ist der Unterschied zwischen den territorial bestimmten Regionen und den personal definierten Gemeinschaften eine „genialische“ Erfindung, die von Nutzen sein könnte für umstrittene Gebiete, wie zum Beispiel dem Kosovo, wo Belgien an einer Lösung mitarbeiten könnte, in dem Sinne, daß die serbische Minderheit und die albanische Mehrheit Autonomie für ihre personenbezogenen Angelegenheiten bekommen könnten<sup>83</sup>. Drittens haben die Regionen/Gemeinschaften Belgiens internationales Vertragsrecht für alles, was zu ihrem Kompetenzbereich gehört. Dies ermöglicht intensive internationale Zusammenarbeit, auch auf dem Niveau unter dem Nationalstaat, in Bereichen wie Kultur, Bildung oder Forschung. Viertens ist da das Gewicht, das der kulturellen Diversität beigemessen wird. Wenn dies zum Er-

---

<sup>83</sup> Vgl. „Brussels model“ kan Kosovo helpen, *De Standaard*, 9. Juli 1998

be Europas gehört, ist es eine gute Sache, daß ein gewisser Staat, - auch wenn es nicht immer ohne interne Probleme vor sich her geht -, die EU darauf aufmerksam macht, wie wichtig Kultur und Sprache sind, und daß er selbst ein System ausgedacht hat, das es verschiedenen Sprachgemeinschaften ermöglicht, sogar auf paritätischem Weg zusammenzuarbeiten. Die Tatsache, daß die beiden Sprachgemeinschaften dort, wo sie jeweils eine Minderheit darstellen, durch ein paritätisches System geschützt werden - die französische auf der föderalen Ebene, die niederländischsprachige auf der regionalen Ebene (in Brüssel) -, ist zur gleichen Zeit auch ein Problem, da es „zwei Mehrheiten“ kreiert, die einander im Falle von Streitigkeiten blockieren können. Mit der nötigen Modifizierung könnte dieses System in einem Europa mit 15 oder mehr Mitgliedsstaaten vielleicht besser funktionieren.

Jetzt muß man sich noch fragen, ob Belgien tatsächlich ein „multikultureller“ oder kulturell-pluralistischer Staat ist, der als solcher ein Vorbild für Europa wäre, wie es einige Dutzende flämischer und frankophoner Intellektueller in dem schon erwähnten Plädoyer „gegen die nationalistische Torheit“ taten? Es ist eine Tatsache, daß neben Belgien kein einziger EU-Mitgliedsstaat durch das Zusammenleben zweier, fast gleich großer Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet wird. Ob man dies „multikulturell“ nennen kann, ist zweifelhaft: Erstens bedeutet dieser Begriff, daß verschiedene Völker oder Bevölkerungsgruppen, die unterschiedlichen Wertesystemen anhängen, miteinander und auch durcheinander leben. Dies ist nicht der Fall. Das Wertesystem von Flamen und Wallonen ist per definitionem westlich geprägt. Sie leben obendrein nebeneinander in zwei linguistisch so gut wie homogenen Regionen, in zwei getrennten „cultural networks“. Vielleicht träfe der Begriff „kulturell-pluralistisch“ eher auf einen solchen Staat als Ganzes zu. Nur Brüssel wäre vielleicht als „multikulturell“ zu bezeichnen, erstens weil Niederländisch- und Französischsprachige hier zusammen leben, und zweitens, weil in dieser Stadt eine beträchtliche Gruppe von Nicht-EU-Bürgern lebt, vor allem aus den Maghreb-Staaten, das heißt von Leuten mit einem anderen Wertesystem, deren Integration allerdings noch nicht gelungen ist. Die Tatsache, daß Flamen und Wallonen noch immer in vielen Bereichen zusammenarbeiten müssen, und die Tatsache,

## Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa?

daß dies ohne einen „belgischen Nationalismus“ vor sich her geht, macht Belgien auf der institutionellen beziehungsweise der ideellen Ebene zu einem Modell für Europa.

Belgien ist nicht Bosnien, auch wenn es, genauso wie der Balkanstaat, nach dem Territorialitätsprinzip aufgeteilt ist. Die internen Grenzen, die in Belgien gezogen worden sind, sind linguistischer Herkunft, auch wenn sie sich mit sozio-ökonomischen Unterschieden verbinden. Es steht aber Flamen und Wallonen frei, sich in Wallonien beziehungsweise Flandern niederzulassen, vorausgesetzt, sie respektieren die herrschende Landessprache. Diese Bedingung unterscheidet sich nicht von derjenigen, die andere EU-Mitgliedstaaten von hinzugezogenen Bürgern aus anderen Staaten verlangen. An sich dürfte es kein Problem sein, daß mehrere Kulturen durcheinander leben, solange die Leute dieselbe Sprache reden, wie es Kroaten und Serben eigentlich tun. In Flandern und Wallonien leben Katholiken und Freidenker unbeschwert zusammen, auch wenn sie durch das System der „Versäulung“, in das sie hineingeboren werden, einem anderen „philosophical network“ angehören. Daß Leute aber in einer und derselben Region mehrere Amtssprachen benutzen, ist ein schwierigeres Unterfangen, wie das Beispiel Brüssel zeigt, vor allem wenn bestimmte Leute ihre Sprache als „überlegen“ oder „supérieure“ betrachten.

Es bleibt die Frage, welche Folgen das vor allem auf flämischer Seite nicht aufgehörnde Drängen nach mehr Autonomie für dieses „tolerante Belgien“ haben wird. An sich paßt Regionalisierung tatsächlich zum Bild eines neuen, bürgernahen Europas, nur wird es in Flandern leider oft von dem düsteren Bild begleitet, das die Meinungsmacher von Belgien und Wallonien an die Wand malen. Der Negativismus in der Berichterstattung über die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen kreiert ein „Feindbild“, das nicht zur Tradition der Besonnenheit der meisten Belgier gehört. Man kann sich auch fragen, ob der Diskurs über das Europa der Regionen für die flämische Regierung nicht ein Mittel ist, um nicht so sehr den Nationalstaat an sich, sondern den belgischen Nationalstaat selbst noch weiter zu schwächen - mit dem tatsächlichen Zweck, einen eigenen Nationalstaat aufzubauen. Denn im Moment besitzt Flandern schon so viele Kompetenzen, daß es zweifelhaft ist, ob es sich in Zukunft zufrieden geben würde, auf die selbe

Stufe mit dem *Baskenland* oder der *Bretagne* gestellt zu werden. Sollte Belgien eines Tages „verduften“, ohne daß ein Europa der Regionen schon realisiert wäre, das heißt sollte der eine Prozeß schneller verlaufen sein als der andere, dann bestünde der „Beitrag“ des in staatliche Unabhängigkeit gemündeten flämischen Autonomiestrebens für Europa darin, daß es einen Ansatz für eine Neuordnung Europas entlang neuer Staatsgrenzen herbeigeführt hätte. Auf die eigentliche Frage, wie sich verschiedene Völker oder Sprachgemeinschaften miteinander, unter einem und demselben Dach vertragen, hätte ein solches Flandern keine Antwort mehr zu bieten.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-27-9

---



**Zentrum für Europäische Integrationsforschung**  
**Center for European Integration Studies**  
*Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>